

3015721

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

SECRET

COUNTRY	East Germany	REPORT	
SUBJECT	Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Leichtindustrie (Bulletin of the Ministry of Light Industry)	DATE DISTR.	30 October 1956
		NO. PAGES	1
		REQUIREMENT NO.	RD
DATE OF INFO.		REFERENCES	This is UNEVALUATED Information
PLACE & DATE ACQ.			

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

[redacted] the Ministerium fuer Leichtindustrie bulletins for 19 May and 5 and 15 June 1956. The contents are as follows:

19 May, No. 5:

- Directives and instructions
- Planning concerning wages and bonuses
- Instructions and policy lines concerning investments
- Marketing
- Material procurement and supply
- Finances
- Publication of the 1957 Master List (Schlusselliste) of items for industrial production
- Correction of an earlier issue
- Communications from the main administrations

25X1

5 June, Special issue:

- Introduction of new labor regulations

25X1

15 June, No. 6:

- Directives and instructions
- Instructions concerning investments
- Various announcements and directives
- Communications from the main administrations

25X1

[redacted]

25X1

SECRET

44

STATE	<input checked="" type="checkbox"/> ARMY	<input checked="" type="checkbox"/> NAVY	<input checked="" type="checkbox"/> AIR	<input checked="" type="checkbox"/> FBI	AEC				
-------	--	--	---	---	-----	--	--	--	--

Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".

25X1

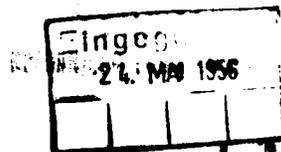
INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

25X1

Approved For Release 2008/01/18 : CIA-RDP83-00418R006900440001-6

Page Denied

Approved For Release 2008/01/18 : CIA-RDP83-00418R006900440001-6



Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Leichtindustrie

1956

Berlin, den 19. Mai 1956

Nr. 5

EHRENTAFEL

Dem 10jährigen Bestehen des Verlages „Neues Deutschland“ wurde der Verlag mit dem „Karl-Marx-Orden“ ausgezeichnet.

Ferner wurden ausgezeichnet als „Verdiente Aktivisten“
der Werkleiter Kollege Heinz Sonntag
der Brigadier Kollege Erwin Schlieben

Für „Ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb“ wurde ausgezeichnet
der Kollege Otto Willert.

Ferner wurden am Vortage des 1. Mai mit dem Orden „Banner der Arbeit“ ausgezeichnet:
der Weber Werner Brunner
der Weber Erich Hochmuth
vom VEB Möbelstoffwebereien Hohenstein-Ernstthal — Betriebsstätte Lichtenstein (Sa.)

Am Vortage des 1. Mai, dem internationalen Kampf- und Feiertag aller Werktätigen, zeichnete der Minister für Leichtindustrie, Dr. Feldmann, im Rahmen einer außerordentlichen Kollegiumsitzung verdiente Werktätige aus den Betrieben des Ministeriums für Leichtindustrie für ihre vorbildlichen Leistungen aus.

Mit dem Abzeichen und der Urkunde „Für ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb“ wurden ausgezeichnet:

Kollegin Elsa Schnicke,
VEB Schmölner Schuhfabrik
Kollege Karl Schult,
VEB Schuhfabrik „Banner des Friedens“,
Weißenfels
Kollege Oswald Rothe,
VEB Schuhfabrik Zwönitz
Kollege Kurt Schmidt,
VEB Textila, Greiz

Kollegin Edeltraut Müller,
VEB Eichsfelder Bekleidungswerke
Heiligenstadt
Kollege Richard Kühnemund,
Institut für Arbeitsökonomik, Dresden
Kollege Willi Höfner,
VEB Steingutwerk Torgau
Kollege Bernhard Polig,
VEB (IZL) Druck und Papier, Leipzig

Als „Beste Meister der Industrie-Gruppe“ wurde der Kollege Kurt Kretschmer, VEB Berliner Druckerei, ausgezeichnet.

Als „Beste Facharbeiter der Industrie-Gruppe“ wurden ausgezeichnet:

Kollege Erich Lommatzsch,
VEB Textilwerke Hartha
Kollegin Ingeburg Schlüter,
VEB Textila, Greiz
Kollegin Frieda Gerber,
VEB Textilwerke Neumark
Kollegin Gertrud Dietz,
VEB Textilwerke Neumark
Kollege Martin Döhler,
VEB Textilwerke Neumark
Kollegin Anni Kucha,
VEB Textilwerke Neumark
Kollegin Herta Günther,
VEB Textilwerke Neumark
Kollegin Johanna Ott,
VEB Kammgarnspinnereien Westsachsen

Kollege Reinhard Kaltenborn,
VEB Textilwerke Einheit, Glauchau
Kollege Kurt Lamprecht,
VEB Textilwerke Einheit, Glauchau
Kollege Armin Langhoff,
VEB Textilwerke Einheit, Glauchau
Kollegin Maria Hambrich,
VEB Textilwerke Einheit, Glauchau
Kollege Kurt Grömmel,
VEB Textilwerke Einheit, Glauchau
Kollegin Martha Pöhlke,
VEB Textilwerke Einheit, Glauchau
Kollege Kurt Faerber, Berliner Druckerei
Kollege Fritz Schneider, Berliner Druckerei

INHALTSVERZEICHNIS		Seite
Kommuniqué über die 95. Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie vom 13. April 1956 sowie Veröffentlichung des Kollegiumsbeschlusses vom 13. April 1956 über den Stand der Finanzplanerfüllung und die Rentabilitätsentwicklung im Jahre 1956 und der Dienstanweisung Nr. 2 56		76
Kommuniqué über die außerordentliche Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie vom 20. April 1956		79
I. Anweisung		
1. Anweisung zur Vorbereitung und Durchführung der zehnjährigen Wiederkehr des Tages des Volkseigenums am 20. Juni 1956		79
II. Planung		
2. Richtlinien zur Industrierichterstattung — Planteil Arbeitskräfte — V. Arbeitskräfteabrechnung 1956		80
III. Technologie		
3. Senkung der Investitionskosten bei der Durchführung des Investitionsplanes 1956		81
4. Investitionen in Nichtvolkseigentum		81
IV. Absatz		
5. Prämiierung von Betrieben für die Erweiterung der Sortimente an Massenbedarfsgütern		82
6. Exportordnung vom 17. Dezember 1953		83
V. Materialwirtschaft		
7. Materialdispositionskartei		83
8. Abnahme und Bevorratung mit Rohbraun-Förderkohle		83
9. M 22 K		83
10. Kommentar zur Planung vom 15. April 1956		84
11. Aufhebung der Kontingentierung		84
12. Planung von Kabeln und Leitungen		84
VI. Finanzen		
13. Bruttogewinnerhöhungen auf Grund von Feststellungen der Organe der Finanzrevision		84
14. Berichtigung von erhöhten Zuführungen zum Direktorfonds und Berichtigung der Errechnung des körperschaftsteuerpflichtigen Gewinnes		84
VII. Mittelung und Berichtigungen		
15. Schlüsselkartei 1957 für Produktion, Materialversorgung und Außenhandel		85
16. Berichtigungen		85
VIII. Mitteilungen der Hauptverwaltungen		
Mitteilungen der HV Textil		85
Mitteilung der HV Leder / Schuhe / Rauchwaren		86
Mitteilungen der HV Holz und Kulturwaren		87
Mitteilung der HV Polygraphische Industrie		90

Kommuniqué über die 95. Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie vom 13. April 1956

Am 13. April 1956 beriet das Kollegium des Ministeriums für Leichtindustrie in Anwesenheit der Leiter der Hauptverwaltungen über die weitere Auswertung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz im Ministerium für Leichtindustrie und die Grundlagen des zweiten Fünfjahresplanes im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie.

Der Auswertung ging am 9. April 1956 eine öffentliche Mitgliederversammlung der BPO der SED mit einer Berichterstattung von Staatssekretär Teichmann als Teilnehmer der 3. Parteikonferenz voraus. Alle Kollegiumsmitglieder hatten hieran teilgenommen.

Das Kollegium billigte nach gründlicher Beratung methodische Richtlinien zur Auswertung der 3. Parteikonferenz in allen Ebenen des Ministeriums für Leichtindustrie.

Im weiteren Verlaufe der Beratung wurde der Entwurf einer Direktive zur Durchführung des zweiten Fünfjahresplanes im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie diskutiert, wobei sich das Kollegium schwerpunktmäßig mit der Perspektiventwicklung der einzelnen Hauptverwaltungen beschäftigte. Die Kollegiumsmitglieder ergänzten den Entwurf durch zahlreiche Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Arbeit auf allen Gebieten und gaben die Empfehlung, die Direktive nach Überarbeitung im Verlaufe des Monats Mai

in allen Betrieben des Ministeriums für Leichtindustrie zu erläutern und zu diskutieren.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt beschäftigte sich das Kollegium mit dem unbefriedigenden Stand der Akkumulationsplanerfüllung und den bisherigen Ergebnissen der Rentabilitätsbewegung.

Die Arbeit der einzelnen IZL, die der Vorbereitung und Durchführung technisch-ökonomischer Konferenzen im Jahre 1956 nicht die gebotene Aufmerksamkeit geschenkt hatten, wurde ernsthaft kritisiert.

Das Kollegium empfahl dem Minister, sich an alle Werktätigen der Leichtindustrie aus Anlaß des 1. Mai, des Feier- und Kampftages der Werktätigen, zu wenden, um die eingetretenen Rückstände durch gemeinsames Handeln schnellstens zu beseitigen.

Die im Verlaufe der 95. Kollegiumssitzung gefaßten Beschlüsse werden der Bedeutung wegen nachstehend veröffentlicht.

Beschluß des Kollegiums vom 13. April 1956 über den Stand der Finanzplanerfüllung und die Rentabilitätsentwicklung im Jahre 1956

Die großen Ziele, die in der Direktive der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für den zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik 1956 bis 1960 aufgezeigt sind, lassen sich nur

verwirklichen, wenn die vorgesehene sozialistische Akkumulation erreicht wird.

Das Ministerium für Leichtindustrie hat an dieser Aufgabenstellung einen erheblichen Anteil. Es kommt darauf an, daß bereits im ersten Jahre des zweiten Fünfjahrplanes die Grundlagen für die Erfüllung der Akkumulation des gesamten zweiten Fünfjahrplanes geschaffen werden. Im I. Quartal 1956 ist im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie in der Akkumulationserfüllung ein Rückstand von

163 Mio DM

eingetreten. Dieses zeigt, daß das Ministerium für Leichtindustrie seiner Aufgabenstellung nicht gerecht geworden ist und an die erfolgreiche Entwicklung im Jahre 1956 nicht angeknüpft hat.

Der Rückstand ist auf folgende Fakten zurückzuführen:

Nicht erfüllter Plan der Warenproduktion, Zurückbleiben des Umsatzes hinter der Warenproduktion, Nichterreicherung der planmäßigen Selbstkostensenkung, nicht abgestimmte Produktionsabgabe und nicht abgestimmte Auswirkungen der Preisänderungen und die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Sortimente.

Die Ursachen für diese Fakten liegen im wesentlichen in folgendem begründet:

Noch nicht voll erfolgte Übernahme der staatlichen Aufgaben, trotz großer, von der Revision festgestellter Reserven in Material und Lohn, Widerspruch zwischen der Preispolitik in der HV Textil und den staatlichen Aufgaben, ungenügender Anlauf in der Durchführung technisch-ökonomischer Konferenzen auf der Grundlage aufgestellter Pläne, unkontinuierliche Produktionsentwicklung in den einzelnen Monaten im Quartal, verbunden mit hohen Produktionsausfällen, ungenügende Durchsetzung der Maßnahmen des technisch-organisatorischen Fortschritts.

Auf Grund dieser Analyse und Einschätzung ergeben sich folgende Aufgaben, die durch die Mobilisierung der Kraft aller Werktätigen zu lösen sind:

1. Aufholung der Produktion, des Umsatzes und der Akkumulation.
2. Volle Aufteilung der Selbstkostensenkung auf die Betriebe und die Planaufteilung auf die Abteilungen und Brigaden.
3. Schnellste Beseitigung der gleitenden Preistendenz in der HV Textil durch die Schaffung einer Übergangsregelung.
4. Mobilisierung und Durchführung der technisch-ökonomischen Konferenzen.

Für die Aufholung des Umsatzes sind bereits die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Zur Lösung der Aufgaben empfiehlt das Kollegium dem Minister:

I. Zur Planaufholung

1. Die bereits in der Direktive zum Arbeitsplan II. Quartal 1956 geforderten Aufholpläne sind in zeitliche Etappen nach den Monaten April, Mai und Juni zu gliedern. Die Gliederung erfolgt getrennt nach Produktion, Umsatz und Akkumulation. Das Ziel der Aufholung ist im Aufruf des Ministers gegeben. Die Aufholpläne sind dem zuständigen Stellvertreter des Ministers zur Bestätigung vorzulegen. Termin: 20. April 1956

Verantwortlich: Die HV-Leiter
Kontrolle: Stellvertreter des Ministers

2. Es sind sofort Untersuchungen über die Ursachen der Ausfallstunden anzustellen und Maßnahmen festzulegen, die gewährleisten, daß die Ausfallstunden des Jahres 1956 höchstens 75% der Ausfallstunden des Jahres 1955 betragen.

Termin: 30. April 1956

Verantwortlich: Die HV-Leiter
Kontrolle: Stellvertreter des Ministers

3. Der optimale Durchlauf und Anstoß ist an Hand der auszuarbeitenden Produktionsdurchlaufpläne zu bestimmen und der Istdurchlauf danach zu kontrollieren.

Bis zum 30. Juni 1956 ist in jedem Industriezweig ein Musterdurchlaufplan zu schaffen und seine Anwendung bei der Kontrolle des Durchlaufs. Die Popularisierung und Einführung in allen Betrieben ist bis zum 15. August 1956 zu sichern.

Verantwortlich: Die HV-Leiter
Kontrolle: ZA Technologie

II. Zur Aufteilung der staatlichen Aufgaben und zur Aufteilung der Pläne auf Abteilungen und Brigaden

1. Die volle Selbstkostensenkung der staatlichen Aufgaben muß spätestens bis zum 20. April 1956 in der Aufgabenstellung der betrieblichen Pläne enthalten sein.

Verantwortlich: Die HV-Leiter
Kontrolle: ZA Planung

2. Bis zum 20. April 1956 ist mit dem Ministerium der Finanzen und der Staatlichen Plankommission die Abstimmung über die Produktionsabgabe und die Preisänderung herbeizuführen mit gleichzeitiger Berichtigung der Staatlichen Aufgaben — Teil Finanzen und des Haushaltsgesetzes.

Verantwortlich: ZA Planung
Kontrolle: Hauptbuchhalter

3. Die Maßnahmen zur Beseitigung des gleitenden Preisspiegels der HV Textil unter Punkt III, 1 dieses Beschlusses sind bei Durchführung des Punktes II, 1 und 2 zu berücksichtigen.

Verantwortlich: Leiter der ZA Planung
Kontrolle: Hauptbuchhalter

4. Bis zum 10. Mai 1956 ist ein Erfahrungsaustausch über die Planaufschlüsselung in der Leichtindustrie durchzuführen. Ziel ist, daß die Betriebe, die bisher eine Aufschlüsselung noch nicht vornahmen, eine klare Anleitung und Richtlinie erhalten. Es haben auf dieser Tagung Funktionäre der Betriebe zu berichten, die gute Erfolge bei der Planaufteilung erzielten.

Verantwortlich: Leiter der ZA Planung
Kontrolle: Staatssekretär

5. Die Ergebnisse sind in einer folgenden Wochenbesprechung zu beraten.

Verantwortlich: Staatssekretär
Kontrolle: Leiter des Sekretariats

6. Die Planaufschlüsselung ist gemäß der Direktive zum Arbeitsplan II. Quartal 1956 in den wichtigsten Kennziffern bis zum 15. Juni 1956 abzuschließen.

Verantwortlich: HV-Leiter
Kontrolle: ZA Planung

III. Zur gleitenden Preistendenz der HV Textil

Die bekannte Tendenz ist bis spätestens 31. Mai 1956 durch Schaffung von Übergangsregelungen zu beseitigen. Auf der Grundlage des staatlichen Gebrauchspreises dürfen bei Materialspartungen und bei Kostenstrukturveränderungen keine Preisänderungen und Quotenrückstellungen in der Akkumulation mehr eintreten.

Verantwortlich: Leiter der HV Textil
Kontrolle: Leiter der Finanzen und Preise

IV. Zur Durchführung der technisch-ökonomischen Konferenzen

Das Ziel muss sein, in jedem Betrieb durch die Konferenz die Er- bzw. Übererfüllung des Planes durch konkrete und kontrollierbare Einzel- und Kollektivverpflichtungen zu sichern. Die Maßnahmen der Konferenzen werden damit zum Gegenstand des sozialistischen Wettbewerbs gemacht.

1. Bis zum 31. Mai 1956 müssen in 60% aller Betriebe technisch-ökonomische Konferenzen vorbereitet und bis zum 30. Juni 1956 durchgeführt sein. Bis zum 31. Juli 1956 sind in den restlichen 40% der Betriebe technisch-ökonomische Konferenzen durchzuführen.

2. Durch den Sonderdruck des Ministeriums für Leichtindustrie dergleiche Methode hat sich im wesentlichen als richtig und umfassend genug erwiesen. Sie wird lediglich dahingehend ergänzt, daß sich die Konferenz auch auf den Normenplan und den technisch-ökonomischen Produktionsdurchlaufplan stützen muß. Alle Werkleiter sind noch einmal auf die Sonderdrucke hinzuweisen.

3. Die Anwendungsmöglichkeit des neuartigen Wettbewerbs der Nationalitäten (an VEB Motorradwerk Zschopau (GD) vom 2. April 1956) ist schnellstens zu prüfen. Der Wettbewerb ist gegebenenfalls in die technisch-ökonomische Konferenz einzubauen.

4. In jeder Hauptverwaltung ist ein Plan der wichtigsten Betriebe zu erarbeiten, in welchen vorrangige Konferenzen durchgeführt werden. Gleichzeitig ist festzustellen, wer diese wichtigsten Betriebe in der betrieblichen Hinsicht übernimmt.

5. Die Hauptverwaltung ist über die bisherige Entwicklung der Betriebsbewegung in der Zeit vom 1. bis 15. Mai 1956 der zentralen Erfahrungsstelle für die Betriebe zu berichten. Diese Tagung ist mit der zentralen Erfahrungsstelle abzustimmen.

6. Die Beschlüsse der Tagung vom 26. April 1956 sind zu befolgen.

Von der Tagung am 26. April 1956: HV-Leiter

Kontrolle: Minister

Kontrolle: Leiter des Sekretariats

Kontrolle: Leiter des Sekretariats

Kontrolle: Leiter des Sekretariats

Kontrolle: Leiter der ZA Arbeit

Kontrolle: Minister

Alle Mitarbeiter werden verpflichtet, für die Erreichung dieser Ziele ihre ganze Kraft einzusetzen.

2. Die gründliche Auswertung der Materialien der 2. Parteikonferenz erfolgt in allen Ebenen methodisch nach der vom Kollegium des Ministeriums für Leichtindustrie am 12. April 1956 im Prinzip beschlossenen Richtlinie.

Die Richtlinie wird allen leitenden Funktionären nicht-funktionaler Überarbeitung bis zum 18. April 1956 übergeben.

Verantwortlich: Büro des Ministers

3. Im Rahmen der Staatspolitischen Schulung ist die Auswertung der 2. Parteikonferenz nach den Prinzipien vorgenannter Richtlinien zu behandeln. Die Seminare finden am 21. April, 28. April und 25. Mai 1956 statt.

Verantwortlich: Alle Leiter der Hauptverwaltung, IZL und Schulungsbeauftragter

4. Bis zum 30. April 1956 ist eine Überarbeitung der vorliegenden Materialien über den zweiten Fünfjahresplan des Ministeriums für Leichtindustrie durchzuführen und die Direktive für den zweiten Fünfjahresplan fertigzustellen.

Verantwortlich: Leiter der ZA Planung, Leiter der Hauptverwaltungen 1 bis 8

In allen Abteilungen ist bis zum 30. April 1956 eine gründliche Auswertung der Materialien der 2. Parteikonferenz in allen die jeweiligen Abteilungen betreffenden Punkten zu gewährleisten.

Am 18., 24. und 30. April werden im gesamten Ministerium (Ausnahme HV Polygraphische Industrie) die Tagungen 18., 23. und 24. April 1956 ganzjährig Besprechungen der Abteilungen durchgeführt.

Die Teilnahme sämtlicher Mitarbeiter ist zu gewährleisten (Dienstverbot, Ferngespräche nur über Direktverbindungen).

Das Ergebnis der Beratungen ist in konkreten Maßnahmen festzuhalten.

In den Abteilungen wird zur Anleitung für die Durchführung der Abteilungsbesprechungen eine Schwerpunktrichtlinie, die jedoch die Behandlung aller zu erheben Fragen nicht ausschließt, bis zum 15. April 1956 ausgehändigt. Die Erarbeitung dieser Beschlüsse erfolgt durch ein Kollektiv, bestehend aus den Leitern der ZA Planung, ZA Technik, ZA Arbeit, ZA Finanzen und dem Hauptverwaltungsleiter bis zum 15. April 1956.

Die Beschlüsse der Abteilungen sind bis zum 15. April 1956 von den Leitern der Hauptverwaltungen zu fertigen und zusammenzufassen. Die Beschlüsse sind den Stellvertretern des Ministers zur Stellungnahme und Bestätigung bis zum 15. April 1956 vorzulegen.

Die Stellvertreter des Ministers werden verpflichtet, die Stellungnahme von Schwerpunktfragen ihres Bereiches von besonderer Bedeutung auf der Leitungsebene zu berücksichtigen.

Verantwortlich: Stellvertreter des Ministers und Leiter der Hauptverwaltung

Die Beschlüsse der Abteilungen und Hauptverwaltungen sind unter den Gesichtspunkten der bei der Auswertung gewonnenen Erkenntnisse bis zum 15. April 1956 zu überarbeiten.

Verantwortlich: Hauptverwaltungs- und Abteilungsleiter

Die Themenpläne des Kollegiums sind auf der Grundlage der Besprechungen der Leitung in ihrer vorliegenden Form bis zum 15. April 1956 zu überprüfen und zu aktualisieren.

Verantwortlich: Leiter des Sekretariats

9. Die Direktive zum zweiten Fünfjahrplan ist nach ihrer Fertigstellung den Leitern der Industriezweigeleitungen zur Diskussion und Stellungnahme in ihren Bereichen zu übermitteln.

In der Zeit vom 18. Mai bis 20. Mai 1956 finden in Anwesenheit von Vertretern der Leitung je Hauptverwaltung Industriekongresse zur Erläuterung der Direktive des zweiten Fünfjahrplanes des Ministeriums für Leichtindustrie statt.

Verantwortlich: Leiter der Hauptverwaltungen

10. Die Kontrolle über die Auswertung der Materialien der 3. Parteikonferenz der SED und die Durchführung dieses Beschlusses ist von den Stellvertretern des Ministers, den Leitern der Hauptverwaltungen, der IZL und Abteilungen persönlich zu organisieren.

Die Schwerpunkte der Pläne der Maßnahmen sind zum Gegenstand von Beratungen der Dienst- und Arbeitsbesprechungen zu machen.

Verantwortlich: Stellvertreter des Ministers
Leiter der Hauptverwaltungen
und IZL

11. Die Leiter der Hauptverwaltungen werden verpflichtet, unter Beachtung der Richtlinien und der Prinzipien dieses Beschlusses entsprechende Maßnahmen zur Gewährleistung der Auswertung der Materialien der 3. Parteikonferenz in den IZL und VEB zu treffen.

Verantwortlich: Leiter der Hauptverwaltungen

Verf. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 536 v. 10. 5. 56

Kommuniqué über die außerordentliche Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie vom 30. April 1956

Am 30. April 1956 fand unter Vorsitz des Ministers für Leichtindustrie, Dr. Feldmann, eine außerordentliche Kollegiumssitzung statt. Als Gäste nahmen Vertreter der Industriezweigschaften Textil — Bekleidung — Leder, Druck — Papier, Bau — Holz, Chemie und die Leiter der Hauptverwaltungen des Ministeriums für Leichtindustrie teil.

Das Kollegium beriet über die Ergebnisse und die Erfahrungen des sozialistischen Massenwettbewerbs im ersten Quartal 1956 und beschloß, dem Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik die besten Betriebe jeder Hauptverwaltung zur Auszeichnung als Republikssieger vorzuschlagen und bestätigte die Siegerbetriebe der einzelnen Wettbewerbsgruppen.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen Vorschläge zur Erweiterung und Vertiefung der Wettbewerbsbewegung, zur genaueren Festlegung der Wettbewerbsziele für jede Brigade und Übertragung der erfolgreichsten Arbeitsmethoden.

Anschließend wurden aus Anlaß des 1. Mai 25 Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben des Ministeriums für Leichtindustrie mit der Medaille „Für ausgezeichnete Leistungen“ oder als „Bester Facharbeiter des Industriezweiges“ ausgezeichnet. Der Vorsitzende des Kollegiums, Minister Dr. Feldmann, würdigte die Leistungen dieser hervorragenden Mitarbeiter und dankte für ihre vorbildliche Arbeit, mit der sie den ersten Fünfjahrplan erfolgreich beendeten und die großen Aufgaben des zweiten Fünfjahrplanes in Angriff nahmen.

Verf. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 536 v. 10. 5. 56

I. Anweisung

1. Anweisung zur Vorbereitung und Durchführung der zehnjährigen Wiederkehr des Tages des Volksesentums am 30. Juni 1956

Vor zehn Jahren, als sich die Mitglieder der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei die Bruderhand reichten, vollendete sich auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erfolgreich der Kampf um die einheitlichen Organisation der Arbeiterklasse.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wurde gegründet. Das war der wichtigste Grundstein für das Fundament, auf dem der erste, wirklich demokratische Staat in Deutschland, der Staat der Arbeiter und Bauern, ruht.

Ebenfalls vor zehn Jahren entschied sich die Bevölkerung durch den Volksentscheid dafür, den Kriegs- und Naziverbrechern die Betriebe zu enteignen und in die Hände des Volkes zu überführen. Damit wurde der Reaktion in der Deutschen Demokratischen Republik die Grundlage ihrer Macht entzogen. Die Beseitigung der kapitalistischen Monopole, die Entmachtung der Kriegsverbrecher, Faschisten und Junker, die Überführung ihrer Unternehmen in Volkseigentum war zugleich die Besitzergreifung durch das werktätige Volk.

In Westdeutschland bestanden die gleichen Voraussetzungen. Jedoch ist diese Möglichkeit ungenutzt geblieben, weil die Spaltung der Arbeiterklasse nicht überwunden wurde.

War die Bildung der einheitlichen Partei der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik der wichtigste Grundstein für das Fundament des Staates der Arbeiter und Bauern, so ist das Volkseigentum die ökonomische Basis all unseres gesellschaftlichen Schicksals.

Die volkseigene Wirtschaft und die in ihrem Bereich wirkenden ökonomischen Gesetze sind die Grundlagen zur Durchführung einer Politik, die den Interessen des Volkes entspricht.

Die neuen Produktionsverhältnisse geben die Möglichkeit, die Politik der ständigen Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung erfolgreich durchzuführen.

Die Bedeutung der volkseigenen Wirtschaft besteht auch darin, daß sich in unseren sozialistischen Betrieben das proletarische Klassenbewußtsein ständig entwickelt. Die Arbeiter erkennen, daß sie die Herren unserer Betriebe sind, daß die Regierung unserer Republik eine Regierung des werktätigen Volkes und der Arbeiterklasse ist. In den VEB wird die Zusammenarbeit und das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz im gemeinsamen Produktionsprozeß tagtäglich erneuert und gefestigt. Es entwickelt sich mit der Produktion in der Gesellschaft das sozialistische Bewußtsein. In diesem Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung kommt der Leichtindustrie eine große Bedeutung zu.

Die Werktätigen der Leichtindustrie blicken heute voll Stolz auf die großen Erfolge, die sie in dem ereignisreichen Jahrzehnt mit der Durchführung des Zweijahrplanes und des ersten Fünfjahrplanes errungen haben. Diese Erfolge sind der Beweis für die Fähigkeit der Arbeiterklasse, die Wirtschaft ohne Kapitalisten besser und im Interesse des Volkes zu leiten.

Das internationale Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Aufgabe im sozialistischen Lager wachsen ständig.

Die 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat die Direktive des zweiten Fünfjahrplanes beraten und beschlossen. Die Aufgabe der volkseigenen Leichtindustrie besteht darin, die entwickeltesten kapitalistischen Länder hinsichtlich Qualität

der Erzeugnisse, Sortiment und Leistungsfähigkeit einzuholen und zu überholen. Das erfordert die Erreichung des wissenschaftlich-technischen Weltstandes auch auf allen Gebieten.

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der volkseigenen Wirtschaft werden die Werktätigen der Leichtindustrie viele Glückwünsche empfangen. Schon heute gehen die Werktätigen zu Ehren des Tages des Volkseigentums Verpflichtungen ein, die Produktions- und Gewinnpläne zu erfüllen und überzuerfüllen, um dadurch den Tag des Volkseigentums am 30. Juni ohne Plan-schulden zu begehen.

Zur Durchführung des „Tages des Volkseigentums“ wird folgendes angewiesen:

1. In allen volkseigenen Betrieben der Leichtindustrie ist der „Tag des Volkseigentums“ entsprechend seiner historischen Bedeutung festlich zu begehen.
2. Vorbildliche volkseigene Betriebe der Leichtindustrie sind für hervorragende Verdienste beim Aufbau des Sozialismus zur Auszeichnung durch den Ministerrat mit dem Orden „Banner der Arbeit“ oder durch den Minister für Leichtindustrie mit dem Abzeichen für „Ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb“ vorzuschlagen. Belegschaftsangehörige, die sich durch Betriebstreue und hervorragende Leistungen beim Aufbau des Volkseigentums auszeichneten, sind durch die Verleihung einer Urkunde zu ehren.
3. Die Betriebsanlagen, Produktions- und Arbeiteräume sind entsprechend dem Charakter des „Tages des Volkseigentums“ würdig auszugestalten.
4. Die Industrierweigleitungen und die Paten der sozialistischen Betriebe der Leichtindustrie haben ihren Betrieben bei der Vorbereitung und Durchführung des „Tages des Volkseigentums“ Anleitung und Unterstützung zu geben.

Damit der „Tag des Volkseigentums“ am 30. Juni 1956 zum politischen und kulturellen Höhepunkt der Entwicklung der sozialistischen Betriebe der Leichtindustrie wird, sind in den Betrieben nachfolgende Hinweise zu beachten:

- a) In Vorbereitung des „Tages des Volkseigentums“ ist eine breite Aufklärungsarbeit zu entfalten. Dazu können unter anderem dienen:
 1. Vorträge und Lichtbildvorführungen über die Entwicklung des Betriebes, insbesondere über die sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Einrichtungen und die Notwendigkeit des Schutzes des sozialistischen Eigentums.

2. Betriebszeitungen, Wandzeitungen und die Sendungen des Betriebsfunks, die in regelmäßiger Folge Reportagen und Berichte über die Erfolge des Betriebes bringen

3. Betriebschroniken mit bildlichen Darstellungen, z. B. der Ausbeutungsmethoden der ehemaligen kapitalistischen Unternehmer mit Veröffentlichung vorhandener Archivmaterialien und Stellungnahmen von langjährigen Mitarbeitern des Betriebes.

4. Ausstellungen, die die Entwicklung der Produktion, der Sortimente und der Qualität, der Aktivisten- und Neuerermethoden, der Rationalisatoren- und Erfinderbewegung und die den sozialen und kulturellen Fortschritt seit Übernahme in Volkseigentum veranschaulichen.

5. Veröffentlichungen in den örtlichen Presseorganen, die der Bevölkerung ein lebendiges Bild vom Betriebsgeschehen vermitteln und die die Anteilnahme der Bevölkerung an der Entwicklung des Volkseigentums fördern. Dafür haben die Werkleiter der Presse das erforderliche Material zur Verfügung zu stellen.

b) Um den Tag des Volkseigentums würdig zu begehen, wird empfohlen:

1. Zu den Felerstunden, die mit Kultur- und Sportveranstaltungen verbunden sein sollen, sind die Angehörigen landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, werktätige Einzelbauern, Angehörige von Belegschaftsmitgliedern und breite Teile der Bevölkerung des Ortes einzuladen;
2. den Angehörigen der Belegschaftsmitglieder und der Bevölkerung an diesem Tage Gelegenheit zu geben, die Produktionsstätten, die sozialen und kulturellen Einrichtungen zu besichtigen. Hierbei sind die erforderlichen Sicherheitsbestimmungen zu beachten, eine gute organisierte Führung ist dabei unerlässlich.

c) Zur Verbreiterung und Vertiefung des Gesprächs der Arbeiter aus West- und Ostdeutschland, zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse sind westdeutsche Arbeiterdelegationen zum „Tage des Volkseigentums“ einzuladen. Dabei können sich die westdeutschen Arbeiter mit der Entwicklung des Volkseigentums und unseren Errungenschaften vertraut machen, insbesondere darüber, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Werktätigen Herren unserer Betriebe sind. Was wir schaffen, schaffen wir uns selbst, bewachen und schützen wir.

Verf. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 3 56 v. 19. 3. 56

II. Planung

2. Richtlinien zur Industrieberichterstattung — Plan-teil Arbeitskräfte — V. Arbeitskräfteabrechnung 1956

Auf Grund nachträglicher Festlegungen des Ministeriums für Finanzen ergeben sich in den Richtlinien der Industrieberichterstattung — Plan-teil Arbeitskräfte — folgende Änderungen:

1. Seite 37, der Satz:

„Die Bruttolohnsummen für die einzelnen Beschäftigtengruppen sind nicht den Konten des Rechnungswesens, sondern aus der Bruttolohnrechnung zu entnehmen...“

muß richtig heißen

„Bruttolohnsummen für die einzelnen Beschäftigtengruppen sind nicht den Konten des Rechnungswesens, sondern aus den Unterlagen der Nettolohnrechnung zu entnehmen.“

2. Seite 38, Hilfslohn:

Es ist zu streichen: „... jedoch ohne die in den Zeilen 6 bis 9, 10, 11 und 13 nachzuweisenden Beiträge.“

Diese Streichung ist erforderlich, da infolge des Pauschalcharakters der Monatslöhne die Lohnbestandteile nicht gesondert ermittelt werden.

3. Seite 38, Prämien für Planerfüllung:

Es ist zu ergänzen: „In dieser Zeile sind ebenfalls die Prämien für Lehrausbilder auszuweisen.“

4. Seite 39:

Schwangerschaftsurlaub und Mutterschutz ist unter „Zusatzlohn“ einzutragen, nicht unter „Sonstige nicht im Lohnbestandteil enthaltene Aufzuführungen“. Bei den Betriebsurlauben, Feiertagen und Wochenurlaub handelt es sich nicht um Leistungen des Betriebes sondern um Leistungen der SVK.

der Verpächter grundsätzlich verpflichtet ist, die Miet- oder Pachtsache in einem für den vertragsmäßigen Gebrauch geeigneten Zustand zu halten. Diese Verpflichtung des Vermieters bzw. des Verpächters besteht grundsätzlich, soweit nicht vertraglich etwas Gegenteiliges (unter entsprechender Berücksichtigung des Mietpreises) vereinbart worden ist.

2. Sofern der Vermieter oder Verpächter mit der Durchführung der beabsichtigten Maßnahmen durch den Mieter oder Pächter einverstanden ist und die eintretende Werterhöhung anerkennt, muß die entsprechende Vereinbarung über die Rückzahlung getroffen werden. Dies hat in Form des Abzuges von der Miete oder Pacht zu erfolgen. Sie muß so bemessen sein, daß der anerkannte Betrag während der Vertragsdauer getilgt werden kann.
3. Anerkennt der Vermieter oder Verpächter die Werterhöhung nicht, so hat der Antragsteller den Nachweis über die mögliche Erwirtschaftung des Kredits in der vereinbarten Tilgungszeit zu führen.
4. Werden Investitionen erst nach Abschluß des Miet- oder Pachtvertrages erforderlich und sind die vorstehend aufgeführten Vorschriften über den Vertragsinhalt, insbesondere die Fragen der Anerkennung, der Erstattungspflicht und Tilgung dieser Beträge im Vertrag noch nicht berücksichtigt, sind entsprechende Zusatzverträge, die Bestandteil des Hauptvertrages werden, abzuschließen. Soweit die Tilgung der anerkannten Erstattungsforderung während der restlichen Laufzeit des Vertrages nicht möglich ist, muß eine entsprechende Verlängerung des Miet- oder Pachtvertrages vorgesehen werden.

III. Inhalt des Kreditantrages:

1. Der Kreditantrag hat zu enthalten:
 - a) genaue Bezeichnung der beabsichtigten Maßnahmen mit genauen Preisangaben,
 - b) Formblatt 0761 mit Bezeichnung „Kreditmaßnahme in Nichtvolkseigentum“ (durch dieses Formblatt erkennt der Planträger die Notwendigkeit und den volkswirtschaftlichen Nutzeffekt an und bestätigt, daß der Arbeitskräfte- und Materialbedarf durch seinen Investitionsplan gedeckt sind sowie daß eine Abstimmung mit dem Rat des Bezirkes oder Kreises erfolgt ist und volkseigene oder private Kapazitäten nicht zur Verfügung stehen).
 - c) Vorschläge für die Tilgung des Kredites.
2. Dem Antrag sind beizufügen:
 - a) Nachweis über die erfolgte Verhandlung gemäß Ziffer II/1,
 - b) der Miet- oder Pachtvertrag gegebenenfalls einschließlich des Zusatzvertrages, der dem Inhalt der Vorschriften der Ziffer II.2 und 3 entsprechen muß.

Falls der Eigentümer die Erstattung der Aufwendungen ablehnt

e) der Nachweis des Antragstellers, daß die Tilgung und Verzinsung aus den Kosten innerhalb der Miet- oder Pachtzeit erwirtschaftet werden kann.

IV. Kreditbedingungen:

1. Die Laufzeit des Kredits soll in der Regel 10 Jahre nicht übersteigen
2. Sofern die Miet- oder Pachtverträge eine Erstattung der Aufwendungen durch den Vermieter oder Verpächter vor, sind die Laufzeit und die Tilgungsraten des Investitionskredits im Rahmen der Ziffer 1 nach den Tilgungsvereinbarungen im Miet- oder Pachtvertrag zu bemessen. Erforderlichenfalls kann die Abänderung der Verträge verlangt werden
3. Erfolgt keine Erstattung durch den Vermieter oder Verpächter, sind Laufzeit und Tilgungsraten des Investitionskredits im Rahmen der Ziffer 1 unter Zugrundelegung des Nachweises gemäß Ziffer III 2 c zu bemessen.
4. Der Kredit ist mit 5% auf den in Anspruch genommenen Betrag zu verzinsen. Zinsen und Tilgung sind vierteljährlich fällig. Die Tilgung beginnt in dem auf den Zeitpunkt der Fertigstellung des Objektes folgenden Monat.
5. Kommt der Kreditnehmer mit den Leistungen in Verzug, ist der überfällige Betrag für die Dauer des Verzuges mit 8% p.a. zu verzinsen.

Bei dieser Gelegenheit werden alle Betriebe darauf hingewiesen, daß die

„Verordnung über die Kreditgewährung an volkseigene Betriebe zum Zwecke der Einführung der neuen Technik, der Mechanisierung und der Verbesserung der Technologie der Produktion, der Rationalisierung und Intensivierung des Produktionsprozesses“

im Gesetzblatt Teil I, Nr 13, vom 4 Februar 1956 veröffentlicht wurde. Im Gesetzblatt Teil I, Nr 34, vom 4. April 1956 wurde die erste Durchführungsbestimmung zu obiger Verordnung bekanntgegeben.

Alle Betriebe werden aufgefordert, sich mit den Kreditbestimmungen eingehend vertraut zu machen, da hiermit die Möglichkeit gegeben wird, außerhalb des Investitionsplanes die Mechanisierung, Automatisierung und Technisierung in den Betrieben im großen Umfang voranzutreiben. Es wird erwartet, daß die Werkleiter von der Möglichkeit der Inanspruchnahme von Investitionskrediten weitestgehend Gebrauch machen. Anträge auf Bereitstellung von Investitionsmitteln für Maßnahmen die kreditwürdig sind, werden künftig konsequent abgelehnt

Verf. u. Mitt. d. Min. f. Leichtind. Nr. 356 v. 19. 3. 56.

IV. Absatz

5. Prämierung von Betrieben für die Erweiterung der Sortimente an Massenbedarfsgütern

Die durch die Verordnung vom 17. Dezember 1953 über die Erhöhung und Verbesserung der Produktion von Verbrauchsgütern für die Bevölkerung (GBl. S. 1315) gestellten Aufgaben wurden von nachstehend angegebenen Betrieben vorbildlich erfüllt. Die Betriebe werden deshalb mit folgenden Prämien ausgezeichnet:

1. VEB Frottier- und Taschentuchfabrik, Großschönau 2000 DM
2. VEB Kammgarnspinnerei Thuringia, Mühlhausen 3000 DM
3. VEB Flachsröste, Vetschau 1000 DM

4. VEB Beleuchtungsindustrie, Bischofswerda 5000 DM
5. VEB Guß- und Farbglaswerk, Pirna-Copitz 6000 DM
6. VEB Lederfabrik, Hermann-Matern, Wolmirstedt 1500 DM
7. VEB Koffein- und Kakaoindustrie, 3000 DM
8. VEB Dübener Metallwerke, Leipzig, 1500 DM
9. VEB Spezialmaschinenbau, Buchholz, 3000 DM
10. VEB Papier- und Zelluloseindustrie, Nieder-Weißbach, 3000 DM

Verf. u. Mitt. d. Min. f. Leichtind. Nr. 356 v. 19. 3. 56.

J I L I

6. Exportordnung vom 17. Dezember 1953

Der § 16 der Exportordnung sieht vor, daß die volkseigenen Produktionsbetriebe Eigengeschäfte im Export und Innerdeutschen Handel durchführen können. Die Liste der Waren, die im Eigengeschäft gehandelt werden können, wurde vom MAI überprüft.

Bei folgenden Waren ist die Durchführung von Eigengeschäften nicht zulässig:

HV Textil

sämtliche Textilrohstoffe
sämtliche Garne (außer Näh- und Stickgarne)

HV Holz und Kulturwaren

Parkett
Fässer (außer Patentdaubenholzdicthfässer)
Holzwolle

HV Polygraphische Industrie

Maschinenkarton
Zeitungsdruckpapier
Schreib- und Druckpapier (außer Zellstoffkarton)
Transparentpapier
Kondensatorpapier
Fotorohpapier
Hollorithkarton

Durchschlagpapier
Seidenpapier
Rohdachpappe
Chromoraatzkarton
Lederpappe
Holzpappe
Hartpappe
gestrichene Papiere
sonstige veredelte Papiere
Briefmarken

HV Glas und Keramik

amtläre Keramik
Dickglas
Fensterglas
Gußglas

Die Exportaufträge der Betriebe sind mit den VEH-DIA getrennt nach Eigengeschäften der Betriebe und Eigengeschäften der VEH-DIA abzustimmen.

Die Exportaufträge sind dem zuständigen VEH-DIA zur Genehmigung vorzulegen. Die Verfahrensregelung ist in der 3. DB vom 18. Juli 1954 zur Exportordnung (DBL Nr. 67/54, Seite 646) festgelegt.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 5/56 v. 19. 1. 56

V. Materialbuchhaltung

7. Materialdispositionskartel

In Abstimmung zwischen dem Ministerium der Finanzen — Institut für Rechnungswesen der volkseigenen Wirtschaft und der Staatlichen Plankommission — Materialversorgung, HA Koordinierung der Materialbilanzen, wird bezüglich des Unterstellungsverhältnisses folgendes mitgeteilt:

Die Verordnung über die Stellung der Hauptbuchhalter in den Betrieben der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft und den ihnen übergeordneten Dienststellen vom 17. Februar 1955 (GBl. I, S. 138) sieht in § 13 Ziffer (2) folgende Regelung vor:

„In den Arbeitsbereichen Rechnungswesen und Kontrolle der im § 1 Buchstabe a genannten Betriebe sind die Grundmittel- und Investitionsbuchhaltung, die Materialbuchhaltung... usw. zu führen sowie die Rechnungsprüfung, die Innenrevision und die Wirtschaftskontrolle auszuüben. Für die Materialdisposition ist der Hauptbuchhalter nicht zuständig, auch wenn Materialdisposition und Materialbuchhaltung zusammengelegt sind.“

Das Unterstellungsverhältnis der mit der Führung der Materialdispositionskartel bzw. der Materialbuchhaltung beauftragten Mitarbeiter ist demnach wie folgt:

1. Wird die Materialdisposition getrennt von der Materialbuchhaltung durchgeführt, untersteht der Materialdisponent dem kaufmännischen Leiter (bzw. unmittelbar dem Leiter der Abteilung Materialversorgung), der Materialbuchhalter dem Hauptbuchhalter.
2. In Betrieben, in denen Materialdisposition und Materialbuchhaltung zusammengelegt sind, besteht folgendes Unterstellungsverhältnis:
 - a) Wird die Materialbuchhaltung und Materialdisposition von verschiedenen Kollegen durchgeführt, untersteht der Disponent dem kaufmännischen Leiter (Leiter der Abteilung Materialversorgung), der Materialbuchhalter dem Hauptbuchhalter.
 - b) Erfolgen Disposition und Buchung von dem gleichen Kollegen, untersteht er strukturell dem Hauptbuchhalter und erhält von ihm Anweisung

über die ordnungsgemäße Buchung

von kaufmännischen Leiter (bzw. Leiter der Abteilung Materialversorgung) erhält er die Anweisungen zur Materialdisposition.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 5/56 v. 19. 1. 56

Entnahme und Bevorratung mit Rohbraun-Förderkohle

Von der Staatlichen Plankommission/Materialversorgung, FA Kohle, wird mitgeteilt, daß auf Grund der unregelmäßigen Auslieferungslisten von der Absatzabteilung, die den Betrieben durch Kontingent zufließt, die Rohbraun-Förderkohle nicht in voller Höhe abgenommen werden kann.

Die unkontinuierliche Abnahme der planmäßig zugeordneten Kohle werden Absatzschwierigkeiten bei den Abnehmerwerken hervorgerufen, die unbedingt beseitigt werden müssen.

In Hinblick auf die Bevorratung mit Rohbraun-Förderkohle für den kommenden Winter werden die Betriebe aufgefordert, die zugestellte Rohbraunkohle abzunehmen und einzulagern.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 5/56 v. 19. 1. 56

6. M 32 K

Bekanntlich sollten die meldepflichtigen Verbraucherbetriebe per 31. März 1956 erstmalig das neue Formular M 32 K, aus dem der Stand der Brennstoffverbrauchs-normenentwicklung zu ersehen ist, verwenden. Infolge zum Teil verspäteter Auslieferung der neuen Formulare der M 32 K an die Betriebe konnte der Termin per 31. März 1956 nicht eingehalten werden, so daß in jedem Falle von allen Betrieben, Instituten und Verwaltungen in der M 32 K per 31. Mai 1956 der Verbrauch durch A-B-C-Normen bewiesen werden muß.

Die Industriezweigleitungen und Verwaltungen melden ihrer zuständigen Hauptverwaltung das prozentuale Verhältnis der A-, B- und C-Normen und den prozentualen Anteil der Betriebe, die ohne BVN arbeiten, in der Zusammenfassung erstmalig am 31. Mai 1956.

Die nächste Meldung hat dann jeweils pünktlich zu den bekannten Terminen an jedem Quartalsende zu erfolgen.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 5/56 v. 19. 1. 56

10. Kommentar zur Planung vom 15. April 1956

Über die Verteilung und den Bezug von „Blank-, Holz- und rohen Schrauben“ gibt die Staatliche Plankommission Materialversorgung in ihrem Kommentar zur Planung vom 15. April 1956 folgendes bekannt:

In der Schlüsseliste zum Volkswirtschaftsplan 1956 sind alle Schrauben kontingentpflichtig.

Bei den Planpositionen

- 26 18 110 Blankschrauben bis M 10
- 26 18 120 Blankschrauben M 6 bis M 12
- 26 18 130 Blankschrauben über M 12
- 26 18 410 Schrauben und Muttern bis M 10
- 26 18 420 Schrauben und Muttern M 12 bis M 20
- 26 18 430 Schrauben und Muttern über M 20

weist die Schlüsseliste nur die Schrauben mit metrischem Gewinde aus. Kontingentpflichtig sind jedoch alle Arten Schrauben mit Gewinde, wie

1. Schrauben und Muttern (blank und roh) nach DIN,
2. Schrauben und Muttern (blank und roh) in DIN-ähnlicher Ausführung,
3. Schrauben nach Zeichnung.

Formdrehteile der Waren-Nummern

- 38 21 88 10, 38 21 89 10, 38 21 88 90, 38 21 89 90

mit Einzelfachcharakter, die technisch keine Schrauben sind, sind kontingentfrei, z. B. Welle mit Gewindezapfen.

Gleichfalls kontingentfrei sind weiterhin folgende Waren-Nummern:

- 38 21 81 10 38 21 81 80
- 38 21 82 10 38 21 82 90
- 38 21 83 10 38 21 83 80.

Dieser Kommentar wird in der Loseblattsammlung „Die Materialwirtschaft“ unter C 3 veröffentlicht. Blatt 26 und 27

Verf. u. Mdg. d. Min. f. Lechtind. Nr. 536 v. 19. 5. 56

11. Aufhebung der Kontingentierung

Nachstehende Planpositionen der Elektrotechnik sind ab sofort nicht mehr kontingentiert:

- 27 11 100 Wechselstrom-Motore über 1—10 kW
- 27 11 200 Wechselstrom-Motore über 10—100 kW

VI. Finanzen**13. Bruttogewinnerhöhungen auf Grund von Feststellungen der Organe der Finanzrevision**

Im Informationsdienst Nr. 36 vom März 1956 ist unter Ziffer 41/2 eine Richtlinie der HV Textil zur Überprüfung der Pläne als Anregung für andere Revisionsgruppen veröffentlicht. Unter Abschnitt XII heißt es: „Solange die Pläne noch nicht bestätigt sind, ist anzustreben, die Beanstandungen der Revision mit in die Bestätigung einzubeziehen. Nach Bestätigung der Pläne werden Erhöhungen wie im Vorjahr nur statistisch vorgenommen. Gleichzeitig mit der statistischen Erhöhung ist den Betrieben mitzuteilen, daß die statistisch erhöhten Planzahlen der Prämienberechnung, der Direktorfondszuführung aus Überplangewinn und evtl. auch der Direktorfondszuführung aus der Lohnsumme zugrunde zu legen sind.“

Unter Berücksichtigung der Planungsprinzipien ist im Jahre 1956 bei Feststellung von Planreserven durch die Organe der Finanzrevision wie folgt zu verfahren:

Die erforderlichen Bruttogewinnerhöhungen sind in DM mit ausführlicher Begründung in das Revisionsprotokoll aufzunehmen. Dem Leiter der Industriezweigleitung und der Planungsabteilung der Industriezweigleitung ist ein Auszug aus dem Revisionsprotokoll zu dieser Feststellung zu übergeben. Solange die Pläne

- 27 17 100 Elektrogenatoren bis 40 kW (Wechselstrom)
- 27 17 200 Elektrogenatoren über 40 bis 100 kW (Wechselstrom)
- 27 17 400 Elektrogenatoren über 100 kW (Wechselstrom)
- 27 21 100 Leistungstrafos über 50—100 kVA
- 27 21 200 Leistungstrafos über 100—500 kVA
- 27 21 300 Leistungstrafos über 500—5000 kVA
- 27 33 000 isolierte Leitungen und Schnüre
- 27 34 000 sonstige Kabel und Leitungen

Die Anordnung hierzu wird noch im Gesetzblatt veröffentlicht.

Verf. u. Mdg. d. Min. f. Lechtind. Nr. 536 v. 19. 5. 56

12. Planung von Kabeln und Leitungen

Gemäß Schlüsseliste zum Volkswirtschaftsplan 1956 werden alle Positionen der Gruppe

27.50.000 Kabel und Leitungen nur noch in Werten (TDM) geplant und abgerechnet.

Um die noch bestehenden Unklarheiten bezüglich der Werte, die dabei anzuwenden sind, zu beseitigen, wird von der Staatlichen Plankommission Materialversorgung mitgeteilt:

Unter Anwendung der Anordnung zur Einführung neuer Planpreise für die Planung und Abrechnung der industriellen Produktion im zweiten Fünfjahrplan, vom 29. Juni 1956 (GBl. Teil I 60/55 vom 23. Juli 1955) wurden für Kabel und Leitungen Planpreise festgelegt.

Planpreise für Kabel und Leitungen sind die Industrieabgabepreise laut Preisverordnung Nr. 538 vom 24. November 1955 abzüglich 10 Prozent.

Die so ermittelten Planpreise sind für Planung und Abrechnung allseitig verbindlich.

Die Preisverordnung Nr. 538 ist im Gesetzblatt-Sonderdruck Nr. 142 vom 2. Januar 1956 veröffentlicht und zu beziehen bei:

VEB Deutscher Zentralverlag, Auslieferungslager Berlin C 2, Roßstraße 6, Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Querstraße 4—6. Preis 4,40 DM.

Verf. u. Mdg. d. Min. f. Lechtind. Nr. 536 v. 19. 5. 56

vom Industriezweigleiter noch nicht bestätigt sind, sind die festgestellten Bruttogewinnerhöhungen in die Planvorschläge einzubeziehen.

Werden die Feststellungen nach Bestätigung der Pläne getroffen, so ist der Verwaltungsleiter verpflichtet, dem betreffenden Betrieb eine zusätzliche Auflage auf der Grundlage der Revisionsfeststellungen zu bestätigen. Die zusätzlich ermittelten Beträge erhöhen damit den ursprünglich bestätigten Plan und sind Grundlage für Direktorfondszuführungen und Prämienberechnungen.

Die staatliche Aufgabe, die der Industriezweigleitung von der Hauptverwaltung übergeben wurde, ändert sich dadurch nicht. Der Verwaltungsleiter hat die Möglichkeit entsprechend dem Beschluß zur Erweiterung der Rechte der Minister, HV-Leiter und Werkleiter zu handeln.

Verf. u. Mdg. d. Min. f. Lechtind. Nr. 536 v. 19. 5. 56

14. Berichtigung von erhöhten Zuführungen zum Direktorfonds und Berichtigung der Errechnung des Körperschaftsteuerpflichtigen Gewinnes

Der Punkt 8 in den „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Leichtindustrie“ vom 18. April 1956

(Seite 66) ist dahingehend zu verstehen, daß alle Rückbuchungen, die 1956 durchgeführt werden, jedoch den Zeitraum vor dem 31. Dezember 1955 betreffen, als Körperschaftsteuer in 1956 abzuführen sind.

Die Voraussetzung dazu ist, daß die Betriebe bis zum

31. Dezember 1955 die Pro-Laktionsabgabe noch nicht abgeführt haben.

Der Körperschaftsteuerertrag, Überhang Körperschaftsteuer 1955 und 1956 sind zu melden.
Verf. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 5/56 v. 19. 5. 56

VII. Mitteilung und Berichtigung

15. Schlüsseliste 1957 für Produktion, Materialversorgung und Außenhandel

Voraussichtlich Ende Mai dieses Jahres wird im VEB Deutscher Zentralverlag die Schlüsseliste 1957 erscheinen.

Die Bestellungen für die Industriezweigleitungen und Betriebe sind in Form von Sammelbestellungen an das Buchhaus Leipzig
Zentrale Versandbuchhandlung in der DDR
Leipzig C 1, Querstraße 4/6

aufzugeben. Von dort aus erfolgt auch die Auslieferung der Schlüsseliste.

Verf. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 5/56 v. 19. 5. 56

16. Berichtigung

In Komunique über die 94. Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie ist bedauerlicherweise ein Fehler enthalten, den wir hiermit berichtigen.

Es handelt sich nicht, wie irrtümlich angegeben, um den

„Verdienten Wissenschaftler des Volkes“
Herrn Prof. Stäthler,
sondern um den

„Hervorragenden Wissenschaftler des Volkes“,
Herrn Prof. Dr. Stäthler.

Verf. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 5/56 v. 19. 5. 56

Dr. Feldmann
Minister

VIII. Mitteilungen der Hauptverwaltungen

Mitteilungen der Hauptverwaltung Textil

„Verkauf von Textilien an Belegschaftsmitglieder“

In den „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 4 vom 18. April 1956, Seite 73, „Verkauf von Textilien an Belegschaftsmitglieder“, Spalte 2, Zeile 10, muß es statt „soweit sie nicht sortiert und aufzubereiten sind“ richtig heißen:

„soweit sie sortiert und aufzubereiten sind...“.

Verf. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 5/56 v. 19. 5. 56

Einberufung der am 22. Februar 1956 im Forschungsinstitut für Textiltechnologie Karl-Marx-Stadt versammelten Wissenschaftler zur technisch-wissenschaftlichen Konferenz über den Einsatz synthetischer Fasern

In Vorbereitung der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands fanden sich am 22. Februar 1956 Wissenschaftler, Techniker und Ingenieure der kunstfaserverzeugenden und verarbeitenden Industrie zusammen, um den bisherigen Stand in der Verwirklichung der synthetischen Fasern zu analysieren und gleichzeitig die Maßnahmen festzulegen, die für die Zukunft auf diesem Gebiet richtungsweisend sind.

Die Beratung zeigte, daß die bisherige Arbeit auf diesem Gebiet noch große Mängel aufzuweisen hat und daß diese Mängel schnellstens beseitigt werden müssen, damit unserer Bevölkerung in großem Umfange hochwertige und schöne Textilien aus synthetischen Fasern zur Verfügung gestellt werden können.

Die Beschlüsse der Konferenz begrüßten die Initiative der Belegschaft des Perlonbetriebes im VEB Kunstseidenwerk „Friedrich Engels“ in Premnitz, im Wettbewerb hierzu haben der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den Staatsplan um 10% zu erhöhen Perlonfasern zu erhöhen und gleichzeitig die Qualität der erzeugten Perlonfasern zu verbessern.

Die getroffenen Verpflichtungen entsprechen den Forderungen

der Textilindustrie an die Kunstfaserindustrie zur Verbesserung der Qualität, und zwar:

Herstellung von spinnmattierter Perlonfaser sowie Produktion von gekräuselter Perlonfaser. Außerdem fordert die Textilindustrie eine Senkung der Dehnung bei Perlonfaser und eine Verminderung des Anteils überlanger Fasern in der Perlonlocke, welche beim Spinnprozeß sowie in der Weiterverarbeitung zu wesentlichen Produktionsstockungen führte.

Darüber hinaus fordert die Textilindustrie vom VEB Filmfabrik Agfa Wolfen eine Verbesserung der Wolcrylonproduktion, und zwar:

Verbesserung der relativen Schlingenfestigkeit, der Faserschmiegsamkeit und der Farbauffähigkeit.

Diesen Forderungen muß nachgekommen werden, damit die vor der Textilindustrie stehenden Hauptaufgaben — Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse aus synthetischen Fasern und die Erweiterung der Sortimente bei gleichzeitiger Verbesserung der mustermäßigen Gestaltung — erfüllt werden.

Zur Realisierung dieser Aufgaben verpflichtet sind die Anwesenden:

1. dafür Sorge zu tragen, daß ein reibungsloser Einsatz aller in der DDR produzierten synthetischen Fasern, insbesondere Perlon und Wolcrylon, erfolgt.

Dazu werden von dem Sonderbeauftragten für synthetische Fasern Kommissionen gebildet, die die vorhandenen Technologien in den einzelnen Fachsparten überprüfen und die optimalen Verarbeitungstechnologien ermitteln;

Termin: 30. Juni 1956

2. für die synthetischen Fasern die Einsatzgebiete wissenschaftlich begründen und exakt festzulegen, damit die Verwendung dieser Fasern Erzeugnisse von ausnehmender Qualität her gestellt werden können;

Termin: 30. Juni 1956

SECRET

2. die gegenwärtig bestehenden Verordnungen über den Einsatz von Wolerylen einer Klärung zuführen. Auch auf diesem Gebiet werden durch die Kommissionen die Einzelgebiete wissenschaftlich erarbeitet und durch Bewährungsversuche erörtert;
Termin: 30. September 1958

4. auf dem Gebiet der Herstellung und Verarbeitung der synthetischen Fasern eng zusammenarbeiten, und zwar Faserhersteller, -verarbeiter und die Institute.

Dabei steht die Aufgabe, die im Dokument „Kunstfasern“ festgelegten Maßnahmen durch die neuen Erkenntnisse der Kommissionsarbeit zu ergänzen und mit Unterstützung der beteiligten Ministerien termingerecht zu realisieren;

5. die Mehrproduktion von Premixts abschneiden und der Verarbeitung in der Textilindustrie schnellstens zuführen;

6. Lehrgänge zur Schulung der Kollegen im Handel (speziell durch die Textilfachschule, Karl-Marx-Stadt) und in den chemischen Betrieben durchzuführen.

Damit die Anstrengungen aller Werkstätten in der Kunstfaser- und Textilindustrie eines Landes in der DDR zugute kommen, ist es notwendig, daß gleiche Erfolge bei der Erzeugung von synthetischen Fasern und den ökonomischen Bedingungen entsprechende Produktionsverfahren erzielt und nicht durch überhöhten Materialverbrauch und Weiterentwicklung auf diesem Gebiet gesichert werden.

Vom Ministerium für Handel und Versorgung sind eine größere Aufgabengruppe gegenüber dem Ministerium für Leichtindustrie im Hinblick auf die Ergebnisse der synthetischen Fasern gewonnen in verstärktem Maße der Förderung der Textilindustrie Rechnung zu tragen.

Die Teilnehmer der Kommissionen sind die Betriebe und Angestellten, Techniker, Meister, Arbeiter und Arbeiterinnen, die an der Durchführung der Maßnahmen teilnehmen. Die Kommissionen sind in der Regel aus 3 bis 5 Personen zu bilden. Die Kommissionen sind dem Beispiel von ...
Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 5/56 v. 19. 5. 56

Neue Sortimente aus vollsynthetischen ...

Die Industriewerkstoffarten ...
Sortimenten aus vollsynthetischen ...
Handel angeboten werden.

... der Hauptverwaltung einzureichen. Die Kalkulationsunterlagen sind innerhalb einer Woche vom Zeitpunkt der Übernahme in die Kollektion des Ministeriums für Handel und Versorgung an die Hauptverwaltung zu senden.
Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 5/56 v. 19. 5. 56

Prämierungen mit Jahresabonnements der Zeitschrift „Textil- und Faserstofftechnik“

Den Betrieben wird empfohlen, mehr als bisher von der Möglichkeit der Vergabe von Jahresabonnementsprämien der Zeitschrift „Textil- und Faserstofftechnik“ Gebrauch zu machen. Der VEB Verlag Technik, Berlin W 8, Unter den Linden 12, stellt zu diesem Zweck vorgedruckte Prämienurkunden in geschmackvoller Ausführung zur Verfügung.

Die Bezahlung des Jahresabonnements erfolgt am besten direkt beim Verlag (Preis 30 DM).

Die Vergabe von derartigen Prämien wird zur Qualifizierung befähigter Kollegen beitragen.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 5/56 v. 19. 5. 56

Kennzeichnung von Textilien

In dem „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Leichtindustrie“ Nr. 8 vom 1. Mai 1954 wurde von der NV Textil angeordnet, daß ab sofort auf allen Textilien der Betriebe nicht nur die Bezeichnung „Wollwolle“ vermerkt wird, sondern daß eine genaue Distanz, ob es sich um Zellwollmusseline, um ... oder dergleichen handelt, erfolgt.

Die Ausführungen haben ergeben, daß von seiten der Betriebe diese Anordnung nur ungenügend beachtet wurde. Es wird daher die Betriebe nochmals darauf hingewiesen, daß die in der Anordnung vorgeschriebene Kennzeichnung von Textilien unbedingt durchzuführen ist. Betriebe, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, werden von mir zur Verantwortung gezogen.

Den Betrieben wird empfohlen, bei der Festlegung der richtigen handelsüblichen Gewebebezeichnung als Arbeitsgrundlage die Nachschlagewerke von Lohse „Wollwolle von A bis Z“ und den „GewebAtlas“ zu verwenden.
Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 5/56 v. 19. 5. 56

Reinhold
Hauptverwaltungsleiter

Technische Normen für Lederwaren

Synopsen für Technische Normen ...
für den Bereich der Lederwaren.

Auf Grund der ...
14. August 1958 zur Vorbereitung der ...
Normen - Kurztaschen und ...
10. September 1958, haben wir für die Industriewerke der Hauptverwaltung der Kurztaschen bzw. Synopsen für die ...
Dieses Synopsen wurde vom Amt für Standardisierung genehmigt und hat Gültigkeit für Technische Normen der Betriebe und Industriewerke.

Der Hauptverwaltungsleiter, um welchen Industriewerke es sich handelt, haben wir ebenfalls wie folgt zusammengefaßt:

- 1. ...
- 2. ...
- 3. ...

- 4. Industriewerk Lederwaren
- 5. Industriewerk Pelze
- 6. Industriewerk Hüte
- 7. Industriewerk Filze

Beispiel: SIN 1-1-58.

Dabei kennzeichnet die erste Zahl den Industriezweig Lederherstellung, die zweite Zahl die laufende Nummer der Technischen Norm, die dritte Zahl das Jahr der Herausgabe.

Richtlinien über Normungsarbeit für alle Betriebe und Industriewerke sind auf einem SIN-Blatt ausgearbeitet und werden nach erfolgtem Druck an die Industriewerke verteilt.

Arbeitsanweisung für Technische Normen
Nachstehend angeführte Technische Normen haben als Arbeitsanweisung Gültigkeit und sind ab März 1958 verbindlich:

SECRET

6. Belehrungen über die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen und die richtige Benutzung der Schutzvorrichtungen haben so zu erfolgen, daß der Beschäftigte von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen überzeugt ist. Ich weise die Werkleiter noch einmal darauf hin, daß die Belehrungen aktenkundig festgehalten sind und daß eine Kontrolle über die Einhaltung der Bestimmungen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit gewährleistet sein muß.

7. Die Werkleiter sind verpflichtet, bei tödlichen Unfällen, Bränden und sonstigen besonderen Vorkommnissen sofort die IZL bzw. den Sicherheitsbeauftragten telefonisch bzw. telegrafisch zu benachrichtigen.

Aus Grund der im Punkt 4 der „Einschätzung des Unfallrisiko“ festgestellten Verhältnisse der Werkleitung ist es dem Werkleiter eine schriftliche Verwarnung erteilt worden.

Verf. u. Stg. d. Min. f. Lechtund. Nr. 3 56 v. 19. 3. 56

III. Die Entladung von Waggons mit dem Innerbetrieblichen Schnittholz

1. Die Entladung von Waggons mit Rungen

Die Entladung von Schnittholz können folgende Vorgehensweisen sein:

- a) Waggons mit Rungen und mit Rungen, Seitenwänden und ohne Rungen, Verriegelung des Schnittholzes,
- b) Waggons mit Rungen und mit Rungen, Seitenwänden und ohne Rungen, Verriegelung des Schnittholzes.

Die Entladung von Waggons zu erfolgen an folgenden Punkte zu beachten:

Die Aufsichtspflichtige (Aufsichtsführer) ist vor Entladung den Waggons die Ladung zu überprüfen. Der Wagon zu überprüfern oder Anzeichen der Bruchstellen in den Fahrtrichtungen festzustellen.

Die Entladung dürfen nur gesundheitlich geeignete und erfahrene Arbeitskräfte beauftragt werden.

Die Belehrungen über das Verhalten bei Entladearbeiten sind monatlich vom Aufsichtführenden durchzuführen.

Wenn bei diesen Arbeiten Frauen beschäftigt, so ist die Verordnung zum Schutze der Arbeiterinnen, § 30 Absatz 1, zu beachten.

Um ein Stolpern oder Ausrutschen zu vermeiden, ist der Arbeitsplatz aufzuräumen und bei schlüpfrigen Böden oder Glätte mit geeignetem Streumaterial abzustreuen.

3. Zum Bestiegen der Ladung ist eine unfallsichere Leiter zu benutzen.

4. Die Entladebohlen (Rutschbalken) sind gegen unbeabsichtigtes Wegrutschen am Wagen sicher zu befestigen.

5. Muß Schnittholz des Nachts entladen werden, so ist der Entladeplatz ausreichend und schattenfrei zu beleuchten (siehe ASB 115).

6. Bei allen Waggons mit Rungen dürfen die Rungen (und Seitenwände) nur dann entfernt werden, wenn die Ladung im Verband gelegt ist.

7. Ist die Ladung nicht im Verband gelegt, sind bei Waggons ohne Seitenwände und mit Rungen diese erst dann zu entfernen, wenn die Ladehöhe über die gesamte Breite des Wagens bis zur halben Höhe der Rungen abgetragen ist.

8. Bei Waggons mit Seitenwänden und mit Rungen sind die Rungen erst dann zu entfernen, wenn die Ladung bis auf die Höhe der Seitenwände über die gesamte Breite des Waggons abgetragen ist.

9. Die Abtragung des Schnittholzes ist gleichmäßig über die gesamte Breite des Waggons durchzuführen, wobei ein Höhenunterschied bis zu 40 cm zugelassen ist.

II. Innerbetrieblicher, schienengebundener Transport von Schnittholz

1. Um die Gleisanlage unfallsicher herzurichten und zu unterhalten, ist die ASB Nr. 353 sowie 353 zu beachten und hiernach zu verfahren.

2. Die Loren müssen in einem einwandfreien Zustand sein; beschädigte oder reparaturbedürftige Loren dürfen zum Transport nicht benutzt werden.

3. Um ein ungewolltes Umkippen der Ladung zu verhindern, muß die Lore lotrecht beladen werden. Schwere und lange Hölzer sind zuerst aufzuladen.

4. In der Ladehöhe sind alle 30 bis 40 cm, auf die Länge der Ladung mindestens 3, gleich starke Querbügel zwischenzulegen.

5. Die Lore ist so zu beladen, daß sie nach vorn oder hinten nicht kippt.

6. Die Lore darf nur bis Augenhöhe des mit dem Abtransport Beschäftigten beladen werden, um in der Fahrtrichtung eine Übersicht zu haben. Auch Loren mit Stockungen sind nur bis Augenhöhe zu beladen.

Bei der Beschickung von Trockenkammern kann entsprechend der Höhe derselben gestapelt werden, jedoch ist beim Transport ein Kollege als Einweiser erforderlich.

7. Das Schieben der Lore darf nur von hinten mit Blick zur Fahrtrichtung erfolgen. Seitliches Schieben und Ziehen sowie Rückwärtsgang sind untersagt.

8. Beim Ent- und Beladen sowie Abstellen muß die Lore durch Vorlegen geeigneter Hölzer oder anderer hierzu bestimmter Vorrichtungen nach beiden Fahrtrichtungen hin gesichert werden. Das Vorlegen von Steinen oder Eisen ist nicht gestattet.

9. Bei Gleisanlagen auf abschüssigen Gelände sind die Loren mit Bremsvorrichtungen zu versehen. Werden Bremsknüppel benutzt, müssen die Vorrichtungen ein Ausgleiten und Durchrutschen der Bremsknüppel verhindern. Für jede dieser Loren muß ein Bremsknüppel vorhanden sein.

III. Für die Benutzung anderer Transportmittel wie Motorfahrzeuge, Pferdefuhrwerke, Anhänger, Transportkarren jeglicher Art, Tafelwagen usw. gelten sinngemäß die gleichen Anordnungen.

Verf. u. Stg. d. Min. f. Lechtund. Nr. 3 56 v. 19. 3. 56

Technische Forderungen an Holzbearbeitungsmaschinen, 1. Nachtrag

19. Vollgatter (Vertikal)

Alle sich bewegenden Teile, die außerhalb der Maschine liegen, sind zu verkleiden.

Bei Gattern mit unterem Antrieb sind Schwungrad und unterer Teil des Lenkers zu verkleiden.

Um bei durchzuführenden Arbeiten am Untergestell ein unvermutetes Einrücken zu vermeiden, sind an den Einrückgestängen Sperren anzubringen.

Mitteilungen der Hauptverwaltung Polygraphische Industrie

Technische Normen

Von den im Jahre 1955 zur Verbindlichkeitsklärung eingereichten TGL-Entwürfen werden nachfolgende Entwürfe bis zur Erklärung als Staatlicher Standard für alle Betriebe der polygraphischen Industrie für verbindlich erklärt. Die zuständigen Betriebe haben ihren Bedarf an diesen Technischen Normen den IZIs und der Hauptverwaltung, Abteilung Technologie, zuzustellen.

Die Kosten sind vom Besteller zu tragen.

ML-Reg.-Nr.	Bezeichnung	Art
Pz 16	Zellstoff für Pergamin-Transparentzeichenpapier	G
Pz 17	Rohstoffe für Vulkanfaser	G
Pp 24	Landkartensoftpapier	G
Pp 25	Alttextilien	G
Pv 25	Kleberollen	G
Pv 26	Versandschichten für Hartigwaren	G
Pgr 7	Galvanische Bilder	V
Pgr 8	Begriffsbestimmungen für Papierbogen	B
Pgr 10	Entwickler für photographische Zwecke	G
Pgr 11	Maßnormen, Güte- und Prüfvorschriften für Gummidrucktücher	MG
Pgr 12	Anilindruckfarben	G
Pgr 13	Typung der Grundfarben für Buch-, Tief- und Offsetdruck	G

Im Jahre 1955 sind folgende TGL vom Amt für Standardisierung für die DDR verbindlich erklärt worden:

Zellstoffkarton, holzhaltig	55 504:1	September 1954
Zellstoffkarton, holzfrei	55 504:2	
Sulfitzellstoff für Textilmaschinen	55 11:1	November 1954
Lichtpauspapier	55 541:1	Dezember 1954
Postpapier (Bruch für Reg.-Nr. 62300)	55 55:1	Januar 1955
Chromoverstärkungen	55 7111:1	Oktober 1955
Hartpapier Schicht		Oktober 1955
Isolierpapier für Schichtdruck	25 37-55	neu
Prüfung von Papier, Holzpapier	25 26-55	neu
Druckpapier	55 52:1	Oktober 1955
Bestimmung der Fettsäuregehalte von Papier	55 5:1	Oktober 1955
Papierprüfung Weichheit, Strohstärke, Dichte, Gewicht	55 5:2	Januar 1955

Bestimmung der Saugfähigkeit	55 3:1	September 1954
Bestimmung der Unschärftoleranz Papier	55 5:3	Oktober 1955
Bestimmung der Härte von Papier	55 5:4	September 1954
Kohlepapier, einseitig	55 521:1	September 1954
Bestimmung der Leimungsstärke	55 5:1	Oktober 1954
Ausziehtische Technische Lieferbedingung	48 310:1	Februar 1954
Gießzettel für Antiquaschriften	55 731:1	Oktober 1955
Kupferhäute für Tiefdruckzylinder	28 63:1	Oktober 1955
Bimetallfolie für Tiefdruck	28 63:1	Oktober 1955
Heftsticharten von Fadenbuchheftmaschinen	28 59-56	neu

Außerdem gelten für den Bereich der polygraphischen Industrie folgende vom Amt für Standardisierung verbindlich erklärte DIN-Vorschriften:

Papierformate nach DIN 476 A-Reihe	DIN 186
Zeichnungen für Druckzwecke zur Herstellung von Druckplatten	DIN 474
Briefblatt A 4, Vordruck	DIN 676
Halbbriefblatt A 5	DIN 6770
Postkarte und Kleinbriefblatt A 6, Vordruck	DIN 6790
Geschäftskarte (Warenkarten) Normenformblatt A 6	DIN 6810
Zeichnungen, Blattgrößen, Maßstab	DIN 623
Faltung auf A 4 für Ordner	DIN 624
Schildformate	DIN 625
Technische Schriftsätze und Druckschriften	DIN 1421
Schriftwesen, Groteskschrift, Engelschreiben usw.	DIN 1451
Blöcke und Durchschreibbücher	DIN 4900
Faltblätter für Verkehrswerbung	DIN 5000
Anschlaggrößen, Anschlagstellen	DIN 6633
Quadratmetergewicht, Dickw., Raumgewicht (Bestimmung des Flächengewichtes, Dicke und Rohwichte)	DIN 53111
Bestimmung der Reißlänge und Bruchdehnung	DIN 53112
Bestimmung der Luftdurchlässigkeit	DIN 53120
Bestimmung des relativen Berstwiderstandes	DIN 53113
Rohdachpappe	DIN 52117

Verfg. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 5/56 v. 19. 5. 56

Große,
Technischer Leiter

SECRET

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Leichtindustrie

1956 Berlin, den 5. Juni 1956 18. JUNI 1956 Sachdruck

Anweisung

zur Einführung von Arbeitsordnungen für die dem Ministerium für Leichtindustrie unterstellten Betriebe und Zentralen Projektierungsbüros

Die Erfüllung der Aufgaben des sozialistischen Aufbaus im allgemeinen und die des 2. Fünfjahresplanes im besonderen erfordern von den Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik eine hohe Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin.

Die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität kann nicht allein durch die Einführung der neuen Technik in unseren Betrieben erreicht werden. Die Werktätigen müssen diese Technik auch richtig anwenden und ausnutzen. Ihre Einstellung zur Arbeit im sozialistischen Betrieb und ihre Arbeitsdisziplin sind dabei von großer Bedeutung.

Die Tatsache des Bestehens einer freiwilligen und bewußten Arbeitsdisziplin bei uns, die den Charakter kameradschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe von Ausbeutung freier Menschen trägt, erfordert von allen die konsequente Anwendung der Bestimmungen des Arbeitsrechts, der Gesetze und Verordnungen.

In enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Zentralvorständen der Gewerkschaft, in Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung und nach Beschluß im Kollegium des Ministeriums für Leichtindustrie ist für die Betriebe des Ministeriums für Leichtindustrie eine Rahmenarbeitsordnung erarbeitet worden, die als Grundlage zur Ausarbeitung betrieblicher Arbeitsordnungen zu verwenden ist.

Ich weise daher die Werkleiter der Betriebe der Leichtindustrie an, bis zum 1. September 1956 auf der Grundlage der nachfolgenden Rahmenarbeitsordnung betriebliche Arbeitsordnungen auszuarbeiten und einzuführen.

Vor Einführung der Arbeitsordnung in den Betrieben sind folgende Grundsätze zu beachten:

A. Politisch-ideologische Aufgaben

- Das Ziel bei der Einführung der Arbeitsordnungen ist die Erschließung weiterer Reserven zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die gesamte Diskussion über die Verbesserung der Arbeitsdisziplin und Erhöhung der Arbeitsmoral muß unter der Losung des 4. FDGB-Kongresses „Auf sozialistische Art zu leben heißt auf sozialistische Art zu arbeiten“ geführt werden.
 - Bei der Diskussion mit den Werktätigen ist von den betrieblichen Erfolgen in der Produktion auszugehen. Dabei sind die Erfolge auf Grund guter Arbeitsdisziplin durch Betriebsfunk, Wandzeitung und Sichtwerbung auszuwerten. Andererseits ist aber auch an konkreten Beispielen schlechter Arbeitsdisziplin und Arbeitsmoral mit denselben Mitteln zu erläutern, um wieviel größer die Produktionserfolge sein könnten, wenn es Verletzungen der Arbeitsdisziplin nicht gegeben hätte.
- Die großen Aufgaben im 2. Fünfjahrplan werden erfüllt und übererfüllt, wenn es gelingt, alle Werktätigen von der Notwendigkeit und Bedeutung einer guten Arbeitsdisziplin und ihrer freiwilligen Einhaltung zu überzeugen.

B. Organisatorische Maßnahmen

- Die Rahmenarbeitsordnung des Ministeriums für Leichtindustrie bildet die Grundlage der betrieb-

lichen Arbeitsordnungen. Unter Mitarbeit der BGL ist unter Einhaltung der Prinzipien der Rahmenarbeitsordnung ein Entwurf auszuarbeiten, der die Bedingungen und Besonderheiten des Betriebes widerspiegelt.

Die unter Abschnitt III der Rahmenarbeitsordnung aufgeführten Punkte sind unbedingt in die betrieblichen Arbeitsordnungen aufzunehmen.

- In Betrieben, in denen bereits Arbeitsordnungen ausgearbeitet und eingeführt sind, bleiben diese in Kraft, sofern sie mit den Prinzipien der Rahmenarbeitsordnung übereinstimmen.
- Zur Vorbereitung der Einführung der Arbeitsordnungen in den Betrieben ist in Beratungen mit allen Wirtschaftsfunktionären einschließlich der Meister, Gewerkschafts- und Parteifunktionäre, Funktionäre der FDJ sowie der Frauenausschüsse die politische Argumentation entsprechend den konkreten betrieblichen Verhältnissen festzulegen. Die Diskussion über die Prinzipien der Arbeitsordnung ist mit der Diskussion über die Erfüllung der Verpflichtungen des Betriebskollektivvertrages zu verbinden.
- Nach gründlicher Beratung des Entwurfes der betrieblichen Arbeitsordnungen und Einarbeitung der Vorschläge der Werktätigen sind die Arbeitsordnungen zu vervielfältigen und in entsprechender Form (Gewerkschaftsgruppensammlungen) durch die Wirtschaftsfunktionäre auszuhändigen.
- Die Wirtschaftsfunktionäre sind über ihre Aufgaben und Pflichten bei der Anwendung der Arbeitsordnung zu belehren. Insbesondere ist damit zu verhindern, daß willkürliche Handhabungen, besonders der Disziplinarmaßnahmen, erfolgen. Die Bekanntgabe der Arbeitsordnung nur durch Aushang ist unzulässig.
- Die Betriebe und Zentralen Projektierungsbüros des Ministeriums für Leichtindustrie melden die Einführung ihrer Arbeitsordnungen spätestens 3 Tage nach Einführung über ihre VVB IZL an die zuständige Hauptverwaltung. Die Hauptverwaltungen melden die Einführung der Arbeitsordnungen der Betriebe ihres Bereiches bis zum 15. September 1956 an die Zentrale Abteilung Arbeit des Ministeriums für Leichtindustrie.
- Bei den Diskussionen um die Einführung der Arbeitsordnung in den Betrieben haben die Hauptverwaltungen und VVB IZL tatkräftige Hilfe zu leisten, indem geeignete Mitarbeiter zur Unterstützung der Diskussion in die Betriebe entsandt werden.
- Die Leiter der Hauptverwaltungen und der IZL haben dafür Sorge zu tragen, daß eine gründliche Unterrichtung aller Werkleitungen über die Aufgabenstellung bei der Einführung der Arbeitsordnungen erfolgt.
- Die Werkleitungen führen alle mit der Einführung der Arbeitsordnungen in Verbindung stehenden Maßnahmen in Übereinstimmung und mit Unterstützung der BGL durch.
- Die Rahmenarbeitsordnung ist analog auf die Großhandelsorgane des Ministeriums für Leichtindustrie anzuwenden.

Dr. Feldmann
Minister

Kammerarbeitsordnung

für die dem Ministerium für Leichtindustrie der Deutschen Demokratischen Republik unterstellten Betriebe und Zentralen Projektierungsbüros

Einleitung

In der Deutschen Demokratischen Republik befindet sich die Staatsmacht in den Händen der Arbeiterklasse, die im festen Bündnis mit den werktätigen Bauern und der Intelligenz erfolgreich den Sozialismus aufbaut. Die wichtigsten Produktionsmittel sind Eigentum des werktätigen Volkes. Auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse entstanden neue Arbeitsverhältnisse, die ihren sichtbaren Ausdruck in der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen sozialistischen Hilfe finden.

Die vom kapitalistischen System durch Arbeitslosigkeit und Hunger geschaffene Zwangsdisziplin wurde beseitigt. Von jeglicher Ausbeutung befreit, arbeiten die Werktätigen in unseren volkseigenen Betrieben bewußt und mit Erfolg am Aufbau des Sozialismus. Den Werktätigen der Leichtindustrie obliegt dabei als Hauptaufgabe, die Produktion von Massenbedarfsgütern unauslassig zu steigern, die Qualität unserer Erzeugnisse zu verbessern und die Sortimente zu erweitern, um dadurch die ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung in immer höherem Maße zu befriedigen. Damit verbessern wir unser eigenes Leben und das aller Werktätigen und festigen und stärken zugleich den ersten Arbeiter- und Bauernstaat in der Geschichte Deutschlands.

Die neuen politischen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik dringen immer tiefer in das Bewußtsein der Werktätigen ein und stärken die sozialistische Einstellung zur Arbeit als eine Sache der Ehre und des Ruhmes.

Unsere Betriebe der Leichtindustrie konnten unter der Arbeiter- und Bauernmacht große Erfolge erzielen. Diese Erfolge waren nur durch die aufopferungsvolle Arbeit unserer Werktätigen möglich. Dadurch wurden auf dem Gebiete der sozialen und kulturellen Betreuung der Werktätigen Maßnahmen eingeleitet und Einrichtungen geschaffen, wie sie unter kapitalistischen Verhältnissen unbekannt waren.

In behaglich eingerichteten Kulturräumen und Klubhäusern finden unsere Werktätigen Entspannung und Erholung bei Spiel, Gesang und Tanz und vielen anderen Interessenzirkeln. Umfangreiche Werkbüchereien erweitern das Allgemeinwissen und die fachliche Qualifizierung.

In Lehrgängen, Abendkursen, Volkshochschulen und durch Fernstudium ist allen Werktätigen Gelegenheit gegeben, ihre fachliche Qualifikation bei geringsten Kosten ständig zu erhöhen.

In vorbildlich eingerichteten Sanitätstestellen mit Unterwuschungs-, Behandlungs- und Baderäumen erfolgt die gesundheitliche Betreuung der Belegschaft. Die Kinder der in unseren Werken beschäftigten Frauen werden in Kinderhorten, -tagesstätten, -wochenheimen und -krippen vorbildlich betreut.

Weiterhin wurden Umkleieräume und Garderoben in einen brauchbaren Zustand versetzt oder neu geschaffen, neue hygienische Wasch- und Duschanlagen erbaut und Ruheräume für unsere Frauen eingerichtet. Neuzzeitliche Küchengebäude wurden in Betrieb genommen, und in den Speisestellen haben unsere Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit, für wenig Geld ein schmackhaftes Mittagessen einzunehmen.

HO- und Konsum-Verkaufsstellen erleichtern unseren werktätigen Frauen den Einkauf. Näh- und Flickstuben sowie Wäschereien nehmen ihnen einen Teil ihrer Hausarbeit ab.

Durch finanzielle und materielle Hilfe wird das Bau- und Wohnungswesen unterstützt, vor allen Dingen in den Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften und beim individuellen Eigenheimbau.

In den Betriebsportgemeinschaften der Betriebe ist jeder Werktätige die Möglichkeit, durch aktive Teilnahme in den verschiedensten Sportarten seinen Körper gesund zu erhalten.

Für die Kinder der Beschäftigten in unseren Betrieben wird alljährlich ein Pionier- oder Kinderferienlager in den schönsten Gegenden unserer Deutschen Demokratischen Republik durchgeführt. Zum Tag des Kindes finden schöne Veranstaltungen statt, und jedes Jahr zu Weihnachten werden in einer Feststunde unsere Kinder beschenkt.*)

Die Sicherung dieser Errungenschaften der Arbeiterklasse und ihr weiterer Ausbau setzen das bewußte Anwenden der Prinzipien der sozialistischen Wirtschaft voraus und die Bereitschaft eines jeden Beschäftigten, sie bis zum äußersten zu verteidigen.

I. Die Mitarbeit der Werktätigen zur Festigung ihrer Erfolge

Für das Geschehen im gesamten Betrieb trägt der Werkleiter als Beauftragter des Staates die volle Verantwortung. Er ist für die allseitige Erfüllung der im Betriebsplan festgelegten staatlichen Aufgaben und für den Schutz der Werktätigen vor Gefahren, für Leben und Gesundheit während der Arbeit und Anwesenheit im Betrieb verantwortlich. Er sichert die Versorgung des Betriebes mit den erforderlichen Materialien und technischen Mitteln, er organisiert die Arbeit in der Produktion, gewährleistet die Herstellung hochwertiger Erzeugnisse und sorgt für deren Absatz.

Er ist verpflichtet, die dem Betrieb gestellten Staatsaufgaben bis auf die kleinste Produktionseinheit aufzuschlüsseln zu lassen, und gibt Direktiven heraus, nach denen die Arbeitspläne der einzelnen Verwaltungsabteilungen aufgebaut werden. Der Werkleiter hat die von ihm im Rahmen des Betriebskollektivvertrages übernommenen Verpflichtungen termingemäß zu erfüllen.

Diese Gesamtverantwortung entbindet keineswegs die übrigen Beschäftigten des Betriebes, insbesondere die leitenden Mitarbeiter, von ihrer persönlichen Verantwortung für das ihnen übertragene Aufgabengebiet.

Der Meister als Organisator in der Produktion trägt die volle Verantwortung in seinem Bereich. Seine Anweisungen sind unbedingt zu befolgen. Er ist verpflichtet, die Beschäftigten seines Bereiches ständig anzuleiten und zur Erhöhung ihrer Qualifikation beizutragen.

II. Die Notwendigkeit zur Erhöhung der Qualifikation

Jährlich werden den Betrieben im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes Aufgaben gestellt, die eine ständige Steigerung der Betriebsergebnisse vorsehen. Die Lösung dieser Aufgaben ist nur in guter kollektiver Arbeit möglich.

Neben der ständigen Erhöhung des Produktionsausstoßes ist eine ständig steigende Arbeitsproduktivität und eine wesentliche Senkung der Selbstkosten erforderlich. Dazu braucht der Betrieb Menschen, die wissen, wofür sie arbeiten, die eine hohe fachliche sowie gesellschaftliche Qualifikation besitzen. Das Streben der fortgeschrittenen Kollegen in der Produktion und Verwaltung und der Intelligenz muß es deshalb sein, ihr Wissen und Können auf diejenigen zu übertragen, die die Forderungen der Planaufgaben noch nicht erfüllen. Mit Hilfe von Patenschafts- und Qualifizierungsverträgen ist das Niveau der Beschäftigten ständig zu erhöhen. Darüber hinaus hat jeder Werktätige die moralische Pflicht der Gesellschaft gegenüber, sich ständig weiter zu qualifizieren und entsprechende betriebliche und außerbetriebliche Möglichkeiten und Einrichtungen dazu zu nutzen.

*) In den vorübergehenden Absätzen bilden in den betrieblichen Arbeitsordnungen natürlich auch nur die betrieblichen sozialen und kulturellen Einrichtungen die Grundlage.

III. Festigung und Wahrung der Arbeitsdisziplin

Zur weiteren Förderung des sozialistischen Bewußtseins, zur Festigung der Arbeitsdisziplin und Arbeitsmoral sowie zur Erziehung derjenigen, die die sozialistische Arbeitsdisziplin verletzen, gibt sich die Belegschaft des VEB diese Arbeitsordnung:

A. Arbeitsrechtliche Regelungen und Arbeitsdisziplin

Beginn und Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses

1. Die Einstellung der Arbeiter und Angestellten erfolgt durch die Abteilung Arbeit mit Zustimmung der Kaderabteilung. Die Einstellung erfolgt in der Regel auf unbefristete Zeit. Die Begründung befristeter Arbeitsrechtsverhältnisse erfolgt nur in den gesetzlich festgelegten Fällen. Das Arbeitsrechtsverhältnis mit dem Werkleiter und dem Hauptbuchhalter wird durch Berufung durch das hierfür zuständige übergeordnete staatliche Verwaltungsorgan begründet. Sie unterliegen der Nomenklatur dieses Organs.

2. Bei der Einstellung ist mit dem Arbeiter die Arbeitsaufgabe, mit dem Angestellten die zu übernehmende Funktion zu vereinbaren. In beiden Fällen muß die dafür geforderte Qualifikation vorhanden sein oder in absehbarer Zeit erreicht werden.

In Übereinstimmung mit dem Stellen- und Arbeitskräfteplan und entsprechend den Fähigkeiten und Kenntnissen des Beschäftigten erfolgt der Einsatz auf dem geeigneten Arbeitsplatz.

Arbeitsverträge und Änderungen der Arbeitsverträge werden schriftlich ausgefertigt. Jeder Einzustellende hat Arbeitsbuch und Sozialversicherungsausweis vorzulegen. Er hat seine Anschrift und auf Verlangen sonstige notwendige Angaben über seine Person dem Beauftragten des Werkleiters bekanntzugeben. Jede Veränderung der Wohnanschrift und des Familienstandes ist unaufgefordert der Abteilung Arbeit mitzuteilen.

3. Alle Einzustellenden haben sich einer betriebärztlichen Untersuchung auf Eignung zu unterziehen. Die Einstellung erfolgt nur mit Zustimmung des Betriebsarztes.

4. Die Entlassung der Arbeiter und Angestellten ist nur nach den hierfür geltenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach der Verordnung vom 7. Juni 1961 über das Kündigungsrecht, möglich. Die dem Betrieb überlassenen Arbeitspapiere und der restliche Lohn werden dem Ausscheidenden am letzten Arbeitstag ausgehändigt. Auf Verlangen wird dem Ausscheidenden ein Zeugnis ausgestellt.

Arbeitszeit und Schutz der Arbeitskraft

5. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, verteilt auf 6 Tage. Für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren beträgt sie 42 Stunden und von 16 bis 18 Jahren 46 Stunden.

Die zwischen Werkleitung und Betriebsgewerkschaft vereinbarte Arbeitszeit wird durch Daueranweisung bekanntgegeben. Veränderungen der Arbeitszeit bedürfen der Zustimmung des Werkleiters und der BGL.

Ordnung, die Werkleitung aus zwingenden Gründen überstehen zu, ist vorher mit eingehender Begründung die Zustimmung der Gewerkschaft einzuholen. (Stufe 2 Durchführungsbestimmung vom 14. April 1964 zur Verordnung über weitere Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften (GBl. S. 441.)

6. Maßgebend für Beginn und Beendigung der Arbeitszeit sowie der Pausen ist die Betriebsuhr. Die volle Ausnutzung der Arbeitszeit ist selbstverständlich. Vorzeitiges Waschen und Umkleiden oder Verlassen des Arbeitsplatzes widerspricht unserer sozialistischen Arbeitsdisziplin.

7. Erscheint ein Beschäftigter verspätet an seinem Arbeitsplatz, hat er vor Arbeitsaufnahme seinem Meister oder Abteilungsleiter unaufgefordert den Grund mitzuteilen, damit entschieden werden kann, ob eine Vergütung der ausgefallenen Zeit erfolgt oder nicht.

8. Die Arbeitszeit ist nur zur Erledigung der übertragenen Aufgaben zu verwenden. Es widerspricht unserer Arbeitsmoral, private Arbeiten während der Arbeitszeit zu erledigen.

9. Die Übergabe bei Schichtwechsel hat am Arbeitsplatz entsprechend den technologischen Bedingungen so zu erfolgen, daß kein Produktionsausfall entsteht. Das Nichterscheinen der Ablosung ist sofort dem Meister mitzuteilen.

10. Jeder Beschäftigte muß bestrebt sein, die ihm übertragenen Aufgaben unter Einsatz seines ganzen Könnens in höchster Qualität zu erfüllen. Er ist auf Grund des Mitbestimmungsrechtes verpflichtet, zu allen Mängeln und Schwächen Stellung zu nehmen und sich damit an die Werkleitung oder BGL zu wenden. Insbesondere dienen dazu die Produktionsberatungen.

11. Als Mitverantwortlicher und Mitbesitzer am Volkseigentum ist jeder Beschäftigte verpflichtet, die ihm anvertrauten Maschinen, Werkzeuge und Arbeitsschutzmittel pfleglich zu behandeln. Für beschädigtes oder abhanden gekommenes Volkseigentum durch Verschulden des Beschäftigten kann nicht die Gesellschaft aufkommen, sondern dafür ist jeder Beschäftigte selbst verantwortlich und wird nach den hierfür gültigen Gesetzen und Verordnungen zur Verantwortung gezogen. Jede Veränderung an Maschinen und Werkzeugen sowie Maschinenschäden sind sofort dem zuständigen Meister mitzuteilen.

12. Um die Gesundheit und das Leben der arbeitenden Menschen zu schützen und die Erhaltung des Arbeitsplatzes zu gewährleisten, werden gemäß den Richtlinien des Ministeriums für Gesundheitswesen regelmäßig Reihenuntersuchungen der gesamten Belegschaft durchgeführt und die Beschäftigten mit den Arbeitsschutzbestimmungen und Sicherheitsvorschriften erstmalig vor Arbeitsaufnahme und dann regelmäßig vertraut gemacht.

13. Jeder Beschäftigte des Betriebes ist verpflichtet, die in den Abteilungen ausgelegten Arbeitsschutzbestimmungen sowie andere Anordnungen zum Schutze der Belegschaft zu befolgen. Jeder Betriebsunfall, auch jede geringfügige Verletzung, ist von den Werkstätten sofort der Betriebsarztstelle zu melden.

14. Arbeitsschutzvorrichtungen dürfen grundsätzlich nicht entfernt werden. Gefahrenquellen sind gut sichtbar zu kennzeichnen.

In den einzelnen Abteilungen sind Brandschutzhalter eingesetzt, die dem Brandschutzverantwortlichen unterstellt sind.

Verantwortlich für den Arbeitsschutz ist für den Sicherheitschutz ist für den Brandschutz ist

15. Ebenfalls zum Schutze der Arbeitskraft und der Arbeitssicherheit ist während der Arbeitszeit der Genuß von Spirituosen grundsätzlich nicht gestattet. Es ist verboten, das Werk in angestrunkenem bzw. betrunkenem Zustand zu betreten oder sich darin

Desgleichen ist das Rauchen an feuergefährdeten Stellen oder in feuergefährdeten Räumen nicht gestattet. Die Werkleitung ist verpflichtet, diese Stellen gut sichtbar kenntlich zu machen.

10. Bei Feststellung von Verstößen gegen die Arbeitsschutzbestimmungen und Sicherheitsvorschriften der Produktion sind die von der Werkleitung mit der Überwachung beauftragten Kollegen berechtigt und verpflichtet, die Arbeit solange unterbrechen zu lassen, bis die Sicherheit wiederhergestellt ist. In enger Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Arbeitsschutzfunktionären sind die Meister verpflichtet, besonders auf die Einhaltung dieser Bestimmungen zu achten.

Sicherung des Werkes oder Betriebes

17. Die Gegner unserer demokratischen Ordnung versuchen mit allen Mitteln unsere Entwicklung zu hemmen und uns Schaden zuzufügen. Deshalb ist Verdacht auf Sabotage- und Agententätigkeit und sonstige des Volkseigentum der Deutschen Demokratischen Republik gefährdende Vorkommnisse dem jeweils Verantwortlichen der betreffenden Abteilung bzw. dem Werkleiter unverzüglich mitzuteilen. Bei Auftreten von Katastrophengefahren für den Betrieb ist sofort der Betriebswache und dem Sicherheitsbeauftragten Meldung zu machen. Werktätige, die durch unsicheres Verhalten größere Betriebsstörungen vermeiden, können dafür ausgezeichnet werden.

Jeder Betriebsangehörige ist zur aktiven Mitarbeit bei der Verhütung und Beseitigung von Schäden verpflichtet.

Aus Gründen der Wachsamkeit ist beim Betreten und Verlassen des Betriebes der Betriebsausweis unaufgefordert vorzuzeigen. Jeder Beschäftigte eines Betriebes hat beim Empfang von Betriebsfremden darauf zu achten, daß nach Abschluß der Besprechungen der Betrieb auf kürzestem Wege verlassen wird. Betriebsbesichtigungen dürfen nur nach Genehmigung des Werkleiters erfolgen.

Bei Urlaub, Krankheit und bei Abwesenheit über 3 Tage ist der Betriebsausweis in jedem Falle in der Kaderabteilung zu hinterlegen. Der Verlust desselben ist sofort schriftlich dem Abteilungsleiter mitzuteilen.

Der Betrieb kann während der Arbeitszeit von den Beschäftigten nur unter Vorlage eines Ausgangescheines und mit Zustimmung des Meisters oder Abteilungsleiters verlassen werden. (Inhaber mit besonders gekennzeichnetem Ausweis unterliegen nicht dieser Bestimmung.)

18. Ebenfalls aus Gründen der Wachsamkeit und des Unfallchutzes sollen außer bei gesellschaftlichen Veranstaltungen alle Beschäftigten frühestens 30 Minuten vor Arbeitsbeginn und spätestens 30 Minuten nach Arbeitschluß die Arbeiteräume betreten bzw. verlassen haben. Ausnahmen sind nur mit Zustimmung des Meisters oder Abteilungsleiters zulässig. Diese haben in jedem Fall die Betriebswache zu verständigen.
19. Die Wachsamkeit in einem sozialistischen Betrieb verlangt, daß der Arbeitsplatz in ordnungsgemäßem Zustand verlassen wird, d. h., daß sämtliche Schriftstücke und Arbeitsunterlagen unter Verschluss aufbewahrt sind. Aus dem gleichen Grund ist es unzulässig, betriebliche Unterlagen aus dem Betrieb mitzunehmen. Die für auswärtige Besprechungen notwendigen Unterlagen sind auf dem Dienstweg oder auf einer entsprechenden Bucheintragung zu versenden.
20. Zur Aufbewahrung des persönlichen Eigentums und der Kleingewerkschaften sind nur die Garderobeabteilungen zu benutzen und nicht der Arbeitsplatz.

Um die Transportwege des Betriebes nicht zu gefährden, sind eigene Fahrzeuge nur an den dafür bestimmten Plätzen abzustellen.

Urlaubsregelung und das Verhalten bei Arbeitsunfähigkeit

21. Um den kontinuierlichen Ablauf der Produktion und die Durchführung der Planaufgaben zu gewährleisten, ist die in den Abteilungen festgelegte Urlaubsplanung einzuhalten. Mindestens eine Woche vor Urlaubsbeginn ist der Urlaubsantrag abzugeben. Auf Wunsch wird die Urlaubsvergütung vor Antritt des Erholungsurlaubes gezahlt. Das ist auf dem Antrag zu vermerken.

Aus Gründen der Gesunderhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft ist der Jahresurlaub möglichst zusammenhängend zu nehmen. Als Urlaubsjahr gilt das Kalenderjahr.

22. Erkrankt ein Beschäftigter oder kann er infolge eines Betriebsunfalles oder Quarantäne und anderer unvorhergesehener Ereignisse nicht zur Arbeit erscheinen, ist er im Interesse der ordnungsgemäßen Aufrechterhaltung des Betriebsablaufes verpflichtet, unverzüglich die Abteilung Arbeit des Betriebes selbst oder durch eine andere Person zu verständigen.

Bei Nichtbeachtung dieser Anordnung liegt unentschuldigtes Fernbleiben vor und wird entsprechend behandelt. Weiterhin ist im Zuge der Arbeitskräfteleitung erforderlich, daß erkrankte Betriebsangehörige am Tage vor Wiederaufnahme der Arbeit den Betrieb verständigen.

Auszeichnung für vorbildliche Arbeitsdisziplin

23. Im Wettbewerb vollbringen die Werktätigen unserer Betriebe durch sozialistische Hilfe und sozialistische Arbeitsdisziplin — bewußt und freiwillig — höchste Arbeitsleistungen. Diese Leistungen werden in der entsprechenden Form anerkannt.

Die Abteilungsleiter oder Meister sollen die Werktätigen für vorbildliche Arbeitsdisziplin und Arbeitsleistungen monatlich durch öffentliche Belobigungen auszeichnen.

Die Werktätigen, die in drei aufeinanderfolgenden Monaten Belobigungen erhalten haben, werden bei besonders hohen Leistungen durch den Werkleiter ausgezeichnet.

Anßerdem können Werktätige mit hervorragenden Arbeitsleistungen durch die Werkleitung und BGL nach der „Ordnung der Auszeichnungen in der Aktivisten- und Wettbewerbsebewegung in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 1. November 1953 (GM. S. 1132, Ber. S. 1173) für staatliche Auszeichnungen vorgeschlagen werden.

Die Auszeichnungen sind im Betriebshaus und an den Wandtafeln des Betriebes bekanntzugeben. Darüber hinaus sind sie im Ehrenbuch des Betriebes einzutragen.

B. Maßnahmen bei Verstößen gegen die Arbeitsordnung

24. Die Beziehungen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen sozialistischen Hilfe der von der Ausbeutung befreiten Werktätigen erfordern, daß sich alle Arbeiter und Angestellten bewußt in die Organisation der Arbeit des gesamten Betriebes einordnen, um Wohle jedes einzelnen und um Wohle der gesamten Gesellschaft. Während die jungen Arbeiter und Angestellten, die ihren Pflichten vorbildlich nachkommen und gute Leistungen vollbringen, belobigt und ausgezeichnet werden, sind solche Arbeiter und Angestellte, die die Arbeitsordnung nicht einhalten, teilweise zur Einhaltung der Arbeitsdisziplin zu ermahnen.

Die Erziehungs- und Überzeugungsarbeit ist die Hauptmethode, um alle Angehörigen des Betriebes zur Einhaltung der Arbeitsordnung zu gewinnen. Dabei können durch den Meister bzw. durch den Abteilungsleiter Belehrungen erfolgen und Ermahnungen ausgesprochen werden.

25. Führen die Belehrungen und Ermahnungen nicht zum Erfolg oder ist die Pflichtverletzung erheblich, können folgende Erziehungsmittel ausgesprochen werden:
- Verweis,
 - öffentlicher Verweis.
 - Bleiben die ausgesprochenen Ermahnungen und Erziehungsmittel a und b ohne Wirkung auf die Arbeitsdisziplin einzelner Beschäftigter und wird die Arbeitsdisziplin weiterhin gröblich verletzt, kann das Arbeitsverhältnis entsprechend § 9 Buchstabe f der Kündigungsverordnung vom 7. Juni 1951 ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist beendet werden.
- Bei Anwendung der Erziehungsmittel a bis c erfolgt Eintragung in die Personalakten.
- Die Eintragung a und b wird gelöscht, wenn innerhalb eines Jahres kein neuer Verstoß vorliegt. Bei besonderen Leistungen kann die Eintragung auf Antrag der Gewerkschaftsgruppe oder Abteilung vorzeitig gelöscht werden.
26. Die Erziehungsmaßnahmen werden durch den Leiter des Betriebes bzw. dessen Stellvertreter ausgesprochen.
27. Innerhalb von zwei Wochen nach Feststellung der Verletzung der Arbeitsdisziplin sind die Erziehungsmaßnahmen festzulegen und in schriftlicher Form den Werkstätten mitzuteilen. Einen Durchschlag dieses Schreibens erhält die BGL.
28. Werden Erziehungsmaßnahmen ausgesprochen, deren Begründung eine besonders erzieherische Wirkung auf die Beschäftigten des Betriebes ausüben kann, können diese nach Zustimmung der BGL im Betrieb bekanntgegeben werden.
29. Bei der Festlegung der Erziehungsmaßnahmen ist die Gesamtheit der Umstände — insbesondere der Grad des Verschuldens, die Art der Begehung, das bisherige Verhalten des Werkstätten und, wenn ein Schaden verursacht worden ist, dessen Höhe — zu berücksichtigen.
30. Jedem Beschäftigten, der gegen die Arbeitsdisziplin verstoßen hat und gegen den eine Erziehungsmaßnahme ausgesprochen werden soll, ist ausreichend Gelegenheit zur Rechtfertigung, insbesondere durch Aussprache, zu geben.

31. Wird eine Erziehungsmaßnahme nicht anerkannt, kann der Betroffene innerhalb einer Woche nach Aushändigung der schriftlichen Ausfertigung die Konfliktkommission anrufen.

C. Schlußbestimmungen

32. Die Arbeitsordnung regelt das Zusammenleben und die Zusammenarbeit innerhalb des Betriebes. Sie ist für alle Beschäftigten des VEB verbindlich und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Sie enthält arbeitsrechtliche Regelungen, die der Besonderheit unserer sozialistischen Wirtschaft Rechnung tragen und die Gesellschaft vor Schädigungen schützen sollen.
- Für den in der Verordnung über die Pflichten und Rechte der Mitarbeiter und der staatlichen Verwaltungsorgane (Disziplinarordnung) vom 10. Mai 1955 festgelegten Personenkreis gelten die Bestimmungen dieser Arbeitsordnung nicht. Für die Lehrlinge gilt sie in Verbindung mit den „Regeln für Lehrlinge und Berufsschüler“.
33. Alle Anordnungen, die sich aus dieser Arbeitsordnung ergeben, werden in geeigneter Weise im Betrieb bekanntgegeben und sind von jedem Beschäftigten zu befolgen.
34. Jeder Angehörige des Betriebes erhält ein Exemplar der Arbeitsordnung gegen Quittung ausgehändigt. Er ist verpflichtet, sich mit dem Inhalt der Arbeitsordnung vertraut zu machen.
- Die Arbeitsordnung ist nur für den Dienstgebrauch bestimmt, sorgfältig aufzubewahren und bleibt Eigentum des Betriebes. Beim Ausscheiden aus dem Betrieb ist die Arbeitsordnung in der Kaderabteilung abzugeben.
35. Die vorgesehenen Erziehungsmaßnahmen richten sich gegen diejenigen Werkstätten, die sich außerhalb dieser Ordnung stellen und die Erziehungsmaßnahmen des Kollektivs nicht beachten.
36. Alle Gesetze und Verordnungen bleiben unabhängig von der Arbeitsordnung voll wirksam. Bisherige betriebliche Vereinbarungen, die dieser Arbeitsordnung entgegenstehen, treten gleichzeitig außer Kraft.

den 1966

BGL-Vorsitzender

Werkleiter

Eingeg.
20. JUNI 1958

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Leichtindustrie

1956

Berlin, den 15. Juni 1956

Nr. 6

EHRENTAFEL

der Republik- und Gruppensieger des Ministeriums für Leichtindustrie
im Wettbewerb des I. Quartals 1956

Für hervorragende Leistungen im Wettbewerb erhielten folgende Betriebe den Ehrentitel
„Republikieger im Wettbewerb“ sowie die Wanderfahne des Ministerrats:

VEB Eichsfelder Bekleidungswerke, Heiligenstadt (Eichsfeld)
VEB Schuhfabrik „Banner des Friedens“, Weißenfels (Saale)
VEB Büromöbelfabrik, Gräfenroda (Thür.)
VEB Zellstoff- und Papierfabrik Crossen, Crossen über Zwickau (Sa.)
VEB Flachglaswerk Ushmannsdorf (Oberlausitz)

Ferner wurden nachstehende Betriebe mit der Wanderfahne des Ministeriums für Leicht-
industrie ausgezeichnet:

VEB Feinspinnerei Venusberg	VEB Deutsche Handeszentrale Leder und Kunstleder, Niederlassung Berlin, Berlin-Lichtenberg
VEB Mitteldeutsche Kammgarnspinnerei Leipzig	Wildenfelscher Papierfabrik, Wildenfels
VEB Textilwerke Hartha	VEB Papierverarbeitungswerke Torgau
VEB Tuchfabrik Malchow	VEB Kassenblock-, Formular- und Billett- druck, Berlin
VEB Baumwollwerke „Clara Zetkin“, Mühlhausen	Deutscher Bauernverlag, Berlin
VEB Möbelstoffwebereien Hohenstein- Ernstthal	DHZ Papier- und Graphischer Bedarf, Leipzig
VEB Hammerbleiche Frankenberg	VEB Vordruck-Leitverlag Freiberg (Sa.)
VEB Flockenbast Plauen	VEB Vereinigte Sägewerke Nahmitz
VEB Strumpfwerke Turmalin	VEB Furnierwerk Halle, Halle W 22
DHZ Industrietextilien, Niederlassung Wismar	VEB Holzbau Erfurt, Erfurt
VEB Lederwerk „August Apfelbaum“, Neustadt-Glewe (Meckl.)	VEB Knopffabrik Schmölln
VEB Lederwerke „Einheit“ Pöggendorf, Pöggendorf (Thür.)	VEB Oberlausitzer Glaswerke, Weißwasser (Oberlausitz)
VEB Stadtpelz, Kürschnerei, Leipzig C 1	VEB Porzellanwerk „Graf von Henneberg“, Ilmenau (Thür.)
	VEB Wittol Wittenberg, Wittenberg (Elbe)
	VEB Reißwollewerke Crimmitschau

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Kommuniqué über die 97. Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie vom 14. Mai 1956	92
I. Anweisungen	
1. Anweisung über den Versand technischer Zeichnungen und Dokumentationen	92
2. Anweisung über zusätzliche Materialanträge M 19 und Materialrückbuchungen 1720 A	93
II. Technologie	
3. INV-Berichterstattung 1956	93
4. Inanspruchnahme von Investitionskrediten und Einführung einer Berichterstattung	93
III. Mitteilungen	
5. Freistellung von der Arbeit an Sonnabenden für Mitglieder der Religionsgemeinschaft der Sieben-Tags-Adventisten	94
6. Einzelverwendungsverbot Nr. 56	95
7. Abrechnung der Materialverbrauchsnormen durch Formblatt 1748	95
8. Überfällige Rechnungen unterhalb der RE-Grenze, insbesondere Kleinrechnungen bis zu 100,— DM	95
9. Auskunfts- und Siegelstellen der Kammer für Außenhandel	95
10. Stilllegung, Umsetzung oder Verschrottung von Energieerzeugungsanlagen	95
IV. Mitteilungen der Hauptverwaltungen	
Mitteilungen der HV Textil	96
Mitteilung der HV Polygraphische Industrie	98
Mitteilung der HV Glas und Keramik	98

**Kommuniqué
über die 97. Sitzung des Kollegiums des
Ministeriums für Leichtindustrie**

Am 14. Mai 1956 fand unter Leitung des Ministers für Leichtindustrie in Berlin die 97. Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie statt.

Das Kollegium beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der weiteren Auswertung der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Zum zweiten Male wurde der Entwurf der Direktive für den zweiten Fünfjahrplan im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie beraten.

Das Kollegium billigte die Direktive.

Weiterhin beschäftigte sich das Kollegium mit den Fragen der Steigerung der Arbeitsproduktivität im Planjahr 1956 und im zweiten Fünfjahrplan entsprechend den Aufgaben des 25. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.^{*)}

Das Kollegium nahm in einem weiteren Tagesordnungspunkt den Bericht der Leiterin des Instituts für Bekleidungskultur über die Aufgaben des Instituts im zweiten Fünfjahrplan und die Vorbereitung des VII. internationalen Bekleidungswettbewerbs in Warschau entgegen. Dabei bestätigte das Kollegium die

^{*) Ein entsprechender Beschluß verpflichtet die HV-Leiter, diese Fragen mit den Leitern der IZL und VEB sowie den besten Aktivisten und Werkstätten zu beraten.}

Aufgabenstellung, Berlin zum Modezentrum der Deutschen Demokratischen Republik herauszubilden.

Im Kollegium berichtete in einem weiteren Tagesordnungspunkt der stellvertretende Leiter des Instituts für Textiltechnologie, Kollege Mey, über die Lösung des Sonderauftrages „Einsatz der synthetischen Fasern im Bereich der Hauptverwaltung Textil“. Die Berichterstattung wurde um Grundsatzprobleme der Erarbeitung der Preisrelation im Bereich der Hauptverwaltung Textil durch den Stellvertreter des Ministers, Kollegen Krauß, ergänzt.

Das Kollegium sprach den Berichterstellern seine Anerkennung für die Lösung dieser so überaus wichtigen Grundsatzfragen aus, die sich in der folgenden Zeit wesentlich zur Verminderung der Schwierigkeiten im Bereich der Hauptverwaltung Textil auswirken werden.

Das Kollegium würdigte im Verlaufe seiner Sitzung besonders die heldenhafte Einsatzbereitschaft der sowjetischen Militäreinheit, die beim Brand des VEB Ostseeholzwerke Schwerin eine so sichtbare Dokumentation des Gedankens der deutsch-sowjetischen Freundschaft beispielhaft gegeben hat, indem sie die Produktionsstätten unseres volkseigenen Betriebes vor der Vernichtung schützte.

Der Minister wird im Rahmen einer würdigen Feierstunde die tapfersten Offiziere und Soldaten auszeichnen.

Verf. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 6/56 v. 15. 6. 56

I. Anweisungen

1. Anweisung über den Versand technischer Zeichnungen und Dokumentationen

Zur Regelung des Versandes technischer Zeichnungen und Dokumentationen hat das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel neue Bestimmungen mit der Dienstanweisung Nr. 03/56 vom 20. März 1956 erlassen, die hiermit für den Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie in Kraft gesetzt werden:

Zur Beschleunigung der Geschäftsabwicklung wird für den Versand technischer Zeichnungen und Dokumentationen im Rahmen des Außenhandels und innerdeutschen Handels sowie für Prozeßhandlungen folgende Regelung getroffen:

1. Technische Zeichnungen und Dokumentationen im Sinne dieser Dienstanweisung sind Übersichtzeichnungen der Gesamterzeugnisse oder einzelne Baugruppenübersichten, Fotos und Textbeschreibungen (soweit sie nicht den Charakter eines einfachen Prospektes tragen), die im Zusammenhang mit der Durchführung von Außenhandelsgeschäften bzw. Geschäften im innerdeutschen Handel oder Prozeßhandlungen nach dem Ausland bzw. nach Westdeutschland oder West-Berlin zum Versand gebracht werden.

Diese Regelung gilt nicht für Patent- und Erfindungsunterlagen sowie Detailzeichnungen.

2. Der Versand technischer Zeichnungen und Dokumentationen im Rahmen von Angeboten und Exportaufträgen bzw. Lieferaufträgen im IDH oder Prozeßhandlungen erfolgt in voller Verantwortung der Lieferbetriebe. Diese Verantwortung bezieht sich auch auf Unterlagen, die auf Veranlassung der Außenhandelsunternehmen durch Betriebe abgeschickt werden.
3. Die persönliche Verantwortung für den Versand trägt der jeweilige Werkleiter. Die Überprüfung und Unbedenklichkeit ist vom Werkleiter oder von einem hierzu ermächtigten Mitarbeiter durch Unterschrift und Firmenstempelabdruck auf den Unterlagen zu bestätigen. Die Ausstellung einer Ausfuhrmeldung bzw. eines Warenbegleitscheines entfällt. Die Sendungen sind den zuständigen Organen des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs zur Kontrolle vorzuführen.
4. Der Versand von Bedienungsanweisungen, Gebrauchsanweisungen, Gerätebeschreibungen — soweit diese der Werbung dienen — fällt unter die Vorschriften der Anordnung vom 18. August 1955 über die Neuregelung des Versandes von Werbematerial aus der Deutschen Demokratischen Republik (GBL Teil I, Seite 576).

Mit dieser Anweisung wird den Werkleitern die volle Verantwortung über die Weitergabe von technischen Zeichnungen und Dokumentationen übertragen. Die Werkleiter werden verpflichtet, größte Sorgfalt beim Versand solcher Zeichnungen und Dokumentationen walten zu lassen.

Die Anweisung vom 22. Juli 1954, Mitteilungsblatt Nr. 15/1954, Seite 208, tritt mit dieser Bekanntmachung außer Kraft.

Vertg. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 6/56 v. 15. 6. 56

3. INV-Berichterstattung 1956

Die Erfahrungen bei der Abrechnung des Investitionsplans 1956 haben gezeigt, daß für eine lückenlose Abrechnung der Pläne durch die Planträger eine monatliche Berichterstattung auch für die Vorhaben mit einer Plansumme unter 100 TDM notwendig ist.

Um künftig eine ordnungsgemäße Planabrechnung zu gewährleisten, hat die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik festgelegt, daß ab sofort alle Investitionsträger mit einer Plansumme zwischen 20 und 100 TDM auch in den Zwischenmonaten des Quartals eine INV-Abrechnung aufzustellen haben. Diese ist nur an den Planträger einzusenden. Die zur Abrechnung notwendigen Formulare werden von den Kreisstellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zur Verfügung gestellt.

Mit dieser Regelung wird die bisherige Berichtspflicht aller Investierträger mit einer Plansumme von 50 bis 100 TDM in den Zwischenmonaten des Quartals und die Bereitstellung der INV-Bogen durch den Planträger aufgehoben.

Vorhaben mit einer Plansumme bis zu 20 TDM (Kleininvestitionen) werden nach wie vor vierteljährlich abgerechnet.

Vertg. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 6/56 v. 15. 6. 56

4. Inanspruchnahme von Investitionskrediten und Einführung einer Berichterstattung

Die Investitionskredite sind ein entscheidendes Mittel zur Einführung einer neuen Technik, zur Mechanisierung und Automatisierung in den Betrieben der Leichtindustrie sowie zur Durchführung der einfachen Re-

2. Anweisung über zusätzliche Materialanträge M 19 und Materialrückbuchungen 1720 A

Es wird festgestellt, daß die zusätzlichen Materialanträge M 19 und Materialrückbuchungen 1720 A zu einem erheblichen Teil völlig mangelhaft von den Betrieben und Industriezweigleitungen ausgefüllt werden, so daß eine exakte Bearbeitung nicht möglich ist.

Dadurch wird der Plan- und Versorgungsablauf außerordentlich gestört.

Ich weise deshalb nochmals an, daß sämtliche Spalten ordnungsgemäß auszufüllen sind. Der zusätzliche Materialbedarf ist mit realen Materialverbrauchsnormen bzw. bei Hilfsmaterial in Form von Kennziffern zu begründen. Außerdem ist der Nachweis zu erbringen, wodurch der Mehrbedarf entstanden ist. Die betrieblich festgelegten Materialvorratsnormen dürfen nicht überschritten werden.

Materialrückbuchungen 1720 A sind ebenfalls ausführlich zu begründen und müssen spätestens 6 Wochen vor Schluß des laufenden Quartals bei der ZA Materialwirtschaft vorliegen. Später eingehende Materialrückbuchungen werden nicht entgegengenommen, da diese in dem betreffenden Quartal nicht mehr wirksam werden. Sie sind vom zurückgebenden Bedarfsträger zu realisieren. Eine Kontingentrückbuchung wird dafür im nächsten Quartal vorgenommen.

Da immer wieder festgestellt wird, daß derartige Anträge ohne Prüfung durch die übergeordneten Organe gegengezeichnet werden, obwohl die vorher genannten Bedingungen nicht erfüllt sind, werden bei weiteren Verstößen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen.

Vertg. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 6/56 v. 15. 6. 56

II. Technologie

produktion. Diese Erkenntnis hat sich jedoch noch längst nicht bei allen Betrieben durchgesetzt. Ein Beweis dafür sind die in großem Umfang bei den Hauptverwaltungen eingehenden Anträge auf Bereitstellung von Investitionsmitteln für solche Investitionsmaßnahmen, die absolut kreditwürdig sind. Hieraus muß die Schlußfolgerung gezogen werden, daß viele Betriebe die im

Gesetzblatt, Teil I, Nr. 13, vom 4. Februar 1956 veröffentlichten Kreditbestimmungen und die hierzu ergangene Durchführungsbestimmung

Gesetzblatt, Teil I, Nr. 24, vom 4. April 1956 entweder nicht kennen oder deren Anwendungsmöglichkeit ungenügend untersuchen.

Die Werkleiter werden aufgefordert, die Kreditinvestitionen mit zu einem Hauptbestandteil der betrieblichen Perspektivpläne und der Pläne des „Technisch-wissenschaftlichen Fortschritts“ zu machen. Grundsatz muß sein, die Investitionsmittel in erster Linie für die Schaffung neuer Kapazitäten und die Erweiterung des Grundfonds einzusetzen. Bevor ein Antrag auf Bereitstellung von Investitionsmitteln gestellt wird, müssen alle Möglichkeiten untersucht werden, inwieweit die vorgesehenen Maßnahmen auf dem Kreditwege realisierbar sind. Dieses trifft insbesondere zu für alle Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen, für die Modernisierung, Mechanisierung, Automatisierung und alle Rationalisierungsmaßnahmen.

Die oftmals nicht ausreichende Laufzeit des Kredits von zwei Jahren kann und darf nicht grundsätzlich ein Hinderungsgrund für die Inanspruchnahme von Investitionskrediten sein. Selbstverständlich sind zunächst alle Möglichkeiten zu untersuchen, den Kredit inner-

halb der gesetzlich vorgesehenen Rückzahlungsfrist abzudecken. Dabei sind auch die in einem Betrieb möglichen Einsparungsmaßnahmen einzubeziehen, die nicht unmittelbar mit der Kreditinvestition im Zusammenhang stehen. Bei volkswirtschaftlich wichtigen Maßnahmen oder Vorhaben, die für die Entwicklung des Betriebes von besonderer Bedeutung sind, kann — wenn die Rückzahlung des Kredits innerhalb von zwei Jahren nicht möglich ist — ein Antrag auf eine Verlängerung der Laufzeit gestellt werden. (Die Kreditbestimmungen werden z. Z. in dieser Hinsicht überarbeitet.) Ein solcher Antrag ist in der bekannten Form mit einwandfreier Begründung und einer Stellungnahme der Bezirksfiliale der DIB der zuständigen Hauptverwaltung vorzulegen. Die Hauptverwaltung wird dann bei der Zentrale der DIB um eine Ausnahmegenehmigung ersuchen.

Es ist ratsam, hinsichtlich der Investitionskredite mit

der zuständigen Bezirksfiliale der DIB einen engen Kontakt herzustellen und sich in allen hiermit im Zusammenhang stehenden Fragen beraten zu lassen.

Damit das Ministerium einen Überblick über das Kreditgeschehen und damit über die in den Betrieben vor sich gehenden Veränderungen erhält, wird ab sofort eine Berichterstattung über die Inanspruchnahme von Investitionskrediten eingeführt. Gleichzeitig wird den Hauptverwaltungen und den Industriezweigleitungen damit die Möglichkeit gegeben, stärker als bisher auf die Betriebe einzuwirken, von den Kreditmöglichkeiten Gebrauch zu machen.

Die Betriebe werden aufgefordert — quartalsweise —, bis zum 5. des dem Quartal folgenden Monats der Industriezweigleitung in einfacher Ausfertigung über die Inanspruchnahme von Investitionskrediten in dem zurückliegenden Zeitraum nach folgendem Schema zu berichten:

**Bericht
über die Inanspruchnahme von Investitionskrediten**

Lfd. Nr.	Antragstellender Betrieb	Datum der Antragstellung	Kreditinstitut	Verwendungszweck (genaue Bezeichnung der vorgesehenen Investitionen)	Geplanter Nutzen (Bezeichnung und Wert)	Höhe des Antrages TDM				
1	2	3	4	5	6	7				
Genehmigt		Laufzeit des Kredits		Stand der Realisierung in TDM				Bemerkungen		
am	TDM	von	bis	Quartale						
8	9	10		I.	II.	III.	IV.	am	Grund der Ablehnung	17
				11	12	13	14	15	16	

Datum:

(Unterschrift)

Betriebe, die einer Hauptverwaltung direkt unterstellt sind, geben den Bericht zum gleichen Termin an die Hauptverwaltung. Die Industriezweigleitungen fassen die Betriebe nach dem gleichen Schema zusammen und geben den zusammengefaßten Bericht bis zum 10. des dem Quartal folgenden Monats an die Hauptverwaltung.

Am 5. bzw. 20. Juli 1956 ist erstmalig über den Stand per 30. Juni 1956 zu berichten.

Diese Berichterstattung wurde am 20. Mai 1956 von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik genehmigt und trägt die Genehmigungsnummer 230/53.

Sie ist vorerst nur für das Planjahr 1956 zugelassen und schließt ab am 5. bzw. 10. Januar 1957.

Die Berichterstattung ist nur von den Betrieben durchzuführen, die im Laufe des Planjahres bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung Kreditanträge gestellt haben.

Erläuterungen zum Berichtsschema:

Spalte 5 (Verwendungszweck)

Hier sind die vorgesehenen Maßnahmen genau zu beschreiben (z. B. Aufstellung eines Fließbandes zur Rationalisierung und Intensivierung des Produktionsprozesses oder Anschaffung von innerbetrieblichen

Transportmitteln zur Einsparung von Arbeitskräften und Beseitigung der schweren körperlichen Arbeit).

Spalte 6 (geplanter Nutzen)

Hier ist der sich ergebende ökonomische Nutzen kurz aufzuzeigen (z. B. jährliche Einsparung an Kosten = 25,0 TDM).

Spalten 11 bis 14

Hier ist die Inanspruchnahme des genehmigten Kredits in den einzelnen Quartalen, entsprechend dem materiellen Erfüllungsstand, darzulegen.

Spalte 16 und 17

Die Gründe einer evtl. Ablehnung eines Kreditantrages sind kurz und klar aufzuzeigen, und unter Bemerkungen muß zum Ausdruck kommen, ob gegen den Ablehnungsbescheid von der Hauptverwaltung bei der Zentrale der DIB Einspruch erhoben werden soll. Im Falle eines Einspruches ist der Kreditantrag mit einer ausführlichen Erläuterung der Hauptverwaltung vorzulegen.

Diese Berichterstattung ist von den in Frage kommenden Betrieben und den Industriezweigleitungen gewissenhaft und termingemäß durchzuführen.

Vertg. u. Mittg. d. StB. f. Lechtand. Nr. 0/56 v. 13. 6. 56

III. Mitteilungen

5. Freistellung von der Arbeit an Sonnabenden für Mitglieder der Religionsgemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten

Auf Grund der zahlreichen Anfragen aus den Betrieben über die Beschäftigung von Angehörigen der Siebenten-Tags-Adventisten an Sonnabenden ist vom

Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern nachfolgende einheitliche Regelung getroffen worden:

„Gemäß Artikel 41 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik genießt jeder Bürger volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Die Mitglieder der Religionsgemeinschaft der Siebentags-Adventisten benutzen den Sonnabend zur Religionsausübung. Sie können deshalb an diesem Tage nicht zur Arbeit gezwungen werden. Demzufolge gilt der kalendermäßige Sonntag in diesem Falle als Wochentag. Wird am Sonntag die ausfallende Arbeitszeit nachgearbeitet, besteht kein Anspruch auf Sonntagszuschlag. Eine Mehrarbeit an den fünf kalendermäßigen Arbeitstagen ist nicht möglich. Ein Anspruch auf Bezahlung der dadurch evtl. ausfallenden Arbeitszeit besteht nicht.

Es muß deshalb im Einzelfall durch den Betrieb im Einvernehmen mit der Betriebsgewerkschaftsleitung entschieden werden, inwieweit sich eine Freistellung von der Arbeit an Sonnabenden mit den betrieblichen Verhältnissen vereinbaren läßt, ohne den Produktionsablauf zu gefährden.

Sollte der Produktionsablauf eine Freistellung an den Sonnabenden aus zwingenden Gründen nicht zulassen, bleibt es dem Beschäftigten, der Angehöriger der Siebentags-Adventisten ist, vorbehalten, sein Arbeitsverhältnis zum nächst zulässigen Termin zu kündigen, um ein anderes Arbeitsverhältnis eingehen zu können, das ihm die Möglichkeit zur Religionsausübung an den Sonnabenden gibt."

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 6/56 v. 15. 6. 56

6. Einzelverwendungsverbot Nr. 56

Auf Anweisung der Staatlichen Plankommission/ Materialversorgung, HA Materialeinsparung, Abt. Einsparung von Metallen, wird folgendes mitgeteilt:

Auf Grund des § 6 der 2. Durchführungsbestimmung vom 13. September 1954 zur Verordnung über die Verwendung volkswirtschaftlich wichtiger Materialien (GBl. S. 792) wird hiermit die Verwendung von Eisen und Nichteisenmetalle einschließlich Materialien aus innerer Reserve zur Herstellung von Waschbrettern und Waschbretteinlagen mit sofortiger Wirkung verboten. Als Austausch wird Meladur und Glas empfohlen. Bis zu diesem Tage fertiggestellte Erzeugnisse, Erzeugnistelle oder Vorerzeugnisse dürfen noch innerhalb von drei Monaten ausgeliefert werden.

Wir bitten Sie, die in Betracht kommenden Betriebe über das Verwendungsverbot zu informieren.

Da bei den Herstellerbetrieben von Waschbrettern noch Unklarheiten bestehen über den Einsatz von Aluminium für Waschbretteinlagen, bitten wir, alle Betriebe davon zu unterrichten, daß sich das Verbot auch auf Aluminium bezieht. Wie uns das DAMW mit Schreiben vom 9. April 1956 mitteilt, ist Aluminium für Waschbretter technisch nicht geeignet.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 6/56 v. 15. 6. 56

7. Abrechnung der Materialverbrauchsnormen durch Formblatt 1748

Lt. Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik entfällt ab sofort die Zusendung einer Ausfertigung der Abrechnung 1748 an die zuständige Kreisstelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

Es wird gebeten, dies bei der nächsten Abrechnung zu beachten.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 6/56 v. 15. 6. 56

8. Überfällige Rechnungen unterhalb der RE-Grenze, insbesondere Kleinrechnungen bis zu 100 DM

Nachstehend lassen wir die Stellungnahme der Deutschen Notenbank, Berlin, vom 25. Mai 1956 folgen:

In der Anordnung über die Kreditierung und Kontrolle der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Produktions- und Verkehrsbetriebe über Dar-

lehens- und Verrechnungskonten vom 28. April 1955 wurde im § 7 die Reihenfolge der Kontoverfügungen festgelegt. An erster Stelle stehen dabei Bruttolöhne und diesen gleichgestellte Zahlungen. Unsere Niederlassungen haben dazu in einer Instruktion Erläuterungen erhalten, in denen folgendes gesagt ist:

„Die Bezahlung von Verbindlichkeiten gegenüber Handwerkern und Kleinausgaben wird in der festgelegten Reihenfolge der Kontoverfügung den Löhnen gleichgestellt.

Die Bezahlung der Handwerkerrechnungen ist innerhalb von 15 Tagen (ab Rechnungsdatum) sicherzustellen.

Für Kleinausgaben kann die Niederlassung auf Antrag der Betriebe ein Limit bis zur Höhe von fünf Prozent der monatlichen Produktionserlöse festlegen. Das Monatslimit kann für einen Zeitraum bis zu jeweils 5 Tagen aufgeteilt werden. Die Inanspruchnahme kann im Rahmen der zur Verfügung stehenden Darlehen oder vorhandenen Guthaben auf dem Verrechnungskonto erfolgen. Die Bank ist berechtigt, bei Verletzungen der Zahlungsdisziplin die festgelegten Limits zu kürzen.“

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 6/56 v. 15. 6. 56

9. Auskunfts- und Siegelstellen der Kammer für Außenhandel

Die Kammer für Außenhandel richtet in einer großen Anzahl von Städten der Deutschen Demokratischen Republik Auskunfts- und Siegelstellen ein, die vornehmlich die Export-Produktionsbetriebe in Exportfragen beraten sollen.

Bisher bestehen Auskunfts- und Siegelstellen in: Dresden — Halle — Leipzig — Schwerin — Magdeburg.

Vorgesehen ist in der nächsten Zeit die Einrichtung in:

Erfurt — Jena — Suhl — Karl-Marx-Stadt.

Die Betriebe können sich bei Rückfragen an die Auskunfts- und Siegelstellen der Kammer für Außenhandel wenden.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 6/56 v. 15. 6. 56

10. Stilllegung, Umsetzung oder Verchrottung von Energieerzeugungsanlagen

Wiederholte Beanstandungen des Ministeriums für Kohle und Energie, HV Elektroenergie, auf Grund erfolgter Zuwiderhandlungen gegen den § 3 der VO zur Regelung der Energieverwendung vom 29. Oktober 1953 (GBl. S. 1094) geben Anlaß, nochmals auf die besondere Beachtung dieser VO hinzuweisen.

Ergänzend hierzu wird nochmals auf die Ausführungen im Heft 4/56 des „Energiebeauftragten“, S. 88, wo der Verfahrensweg schematisch dargestellt ist, aufmerksam gemacht.

Bei Nichteinhaltung der obenbezeichneten Bestimmungen wird durch das Ministerium für Kohle und Energie, HV Elektroenergie, der § 13 der VO in Anwendung gebracht.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 6/56 v. 15. 6. 56

Dr. Feldmann
Minister

Den Betrieben und Handelsorganen ist zwischensächlich ein Sonderdruck der Verfügungen und Mitteilungen betreffend Anweisung zur Einführung von Arbeitsordnungen für die dem Ministerium für Leichtindustrie unterstellten Betriebe und Zentralen Projektierungsbüros zugegangen.

IV. Mitteilungen der Hauptverwaltungen

Mitteilungen der Hauptverwaltung Textil

Versorgung der Textilindustrie mit Bekleidungsverschlüssen

Es besteht Veranlassung, nochmals darauf hinzuweisen, daß sämtliche Betriebe der Textilindustrie die benötigten Bekleidungsverschlüsse (z. B. Knöpfe, Schnallen und dgl.) über die DHZ Industriertextilien, Niederlassung Bekleidungsverschlüsse, Schmölln, zu beziehen haben. Direkte Bestellungen bei der Industrie sind untersagt.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichind. Nr. 6 36 v. 15. 6. 56

Arbeitsprogramm der Exportkonferenz der HV Textil am 11. Mai 1956 in Karl-Marx-Stadt unter dem Thema „Maßnahmen zur Ausnutzung aller Exportreserven im zweiten Fünfjahrplan“

Der zweite Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR 1956 bis 1960 stellt die volkseigene Textilindustrie im Außenhandel vor gewaltige Aufgaben.

Es gilt, den Außenhandelsumsatz bis 1960 gegenüber 1955 um mindestens 70 Prozent zu steigern. Dabei sind besonders die Umsätze gegenüber dem kapitalistischen Ausland zu steigern und das wiederum besonders gegenüber den außereuropäischen Ländern. Durch die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zu Westdeutschland können wir entscheidend dazu beitragen, Bedingungen für die Annäherung beider deutschen Staaten zu schaffen. Durch gewissenhafte Erfüllung unserer Verträge gegenüber den sozialistischen Staaten tragen wir zur Stärkung des sozialistischen Weltsystems bei.

Die Hauptkraft muß zur Zeit gerichtet sein auf die Erfüllung des Exportplanes des 1. Halbjahres 1956 bis zum 30. Juni 1956 und die Erfüllung des Jahresplanes bis 30. November 1956.

Die Erfüllung des Exportplanes ist in den Betrieben in die Wettbewerbsbedingungen aufzunehmen, um damit das gesamte Betriebskollektiv für die Erfüllung zu mobilisieren.

Darüber hinaus ruft das VEH DIA Textil zu einem überbetrieblichen Wettbewerb zur vorfristigen Erfüllung des Jahresplanes bis 30. November 1956 auf. Die Wettbewerbsbedingungen sind durch ein Wettbewerbsaktiv, bestehend aus Vertretern der Produktion und des Außenhandels, den Industriebetrieben und den Mitarbeitern des Außenhandels bis 31. Mai 1956 bekanntzugeben.

Nach eingehender Beratung halten die Teilnehmer der Exportkonferenz die nachstehenden Maßnahmen für notwendig:

1. Die Werkleiter und die Leiter der IZL werden verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, die garantieren, daß die Rückstände in der Erfüllung des Exportplanes 1. Halbjahr 1956 bis 30. Juni 1956 aufgeholt werden.
Termin: sofort

Verantwortlich: Werkleiter und Leiter IZL

2. Bis zur Leipziger Herbstmesse 1956 sind in je zwei Export-Schwerpunktbetrieben jeder IZL Exporttagungen bzw. Belegschaftsversammlungen über die Fragen des Außenhandels zu organisieren.
Termin: 31. August 1956

Verantwortlich: Leiter der IZL

3. Die Forderungen des Außenhandels, die in einem Plan der Neuheiten und der technischen Weiterentwicklung der Sortimente zusammengefaßt sind,

sind bis zur Leipziger Herbstmesse 1956 durchzusetzen. Die Messeneinheiten sind bis zur Abnahme in dem ZMBs fertigzustellen. Bis 3. Juni ist dem Außenhandel zu berichten, wie und wann die Forderungen erfüllt werden. Am 31. Juli und 31. August ist über die Durchführung zu berichten.

Termin: 30. Juni 1956

30. Juli 1956

30. August 1956

Verantwortlich: Leiter HV Textil

4. Ab 1. Juni 1956 ist die kaderpolitische Entscheidung bei Auslandsreisen und Reisen nach Westdeutschland sukzessiv auf die Leiter der IZL zu übertragen und eine Rebestelle bei der HV Textil zu schaffen, die alle Reisen koordiniert und Anleitung gibt.

Termin: 1. Juni 1956

Verantwortlich: Leiter HV Textil

5. In Zusammenarbeit mit dem MdF wird die HV Textil bis 30. Juni 1956 dafür sorgen, daß für synthetische Rohstoffe reale Betriebsabgabepreise festgelegt werden.

Termin: 30. Juni 1956

Verantwortlich: Leiter HV Textil

6. Die HV Textil wird sicherstellen, daß für die Reise-tätigkeit nach Westdeutschland einige Personen-kraftwagen zentral gesteuert und eingesetzt werden.

Termin: sofort

Verantwortlich: Leiter HV Textil

7. Das VEH DIA Textil hat Methoden auszuarbeiten, die im Hinblick auf die Preisbildung die Betriebe zu einer selbständigeren und flüssigeren Angebots- und Verkaufstätigkeit befähigen.

Termin: 31. Juli 1956

Verantwortlich: Hauptdirektor DIA Textil

8. Das VEH DIA Textil wird zur besseren Anleitung in der Eigengeschäftstätigkeit der Betriebe grundsätzliche Prinzipien für die Zahlungsbedingungen und Lieferbasen im innerdeutschen Handel und nach dem kapitalistischen Ausland festlegen und den Industriebetrieben bekanntgeben.

Termin: 30. Juni 1956

Verantwortlich: Hauptdirektor DIA Textil

9. Das VEH DIA Textil wird die Verkaufspläne für die Leipziger Herbstmesse 1956, aufgliedert nach Menge, Wert und Land, den einzelnen IZL und Betrieben bis 15. August 1956 übermitteln.

Termin: 15. August 1956

Verantwortlich: Hauptdirektor DIA Textil

10. Zur weiteren gesellschaftlichen und fachlichen Qualifizierung der Exportarbeiter der Betriebe und IZL ist ein sachverständiger Lehrgang durchzuführen.

Termin: IV. Quartal 1956

Verantwortlich: Leiter HV Textil

11. Bis zum 30. September 1956 ist ein Perspektivplan für den Textilwarenxport im zweiten Fünfjahrplan in Zusammenarbeit zwischen MAI, MZL und DIA Textil zu erarbeiten.

Termin: 30. September 1956

Verantwortlich: Federführung HV IV des MAI

12. Das VEH DIA Textil hat einen Sonderreisepass für den Nahen und Fernen Osten in Zusammenarbeit mit der HV Textil und dem MAI aufzustellen.

Termin: 31. Mai 1956

Verantwortlich: Hauptdirektor DIA Textil

13. Die IZL werden beauftragt, in Abstimmung mit DIA Textil Reisepläne für Verkaufs- und Informationsreisen im Jahre 1956 aufzustellen und an die HV Textil einzureichen.
Termin: 31. Mai 1956

Verantwortlich: Leiter der IZL

14. Um eine bessere Anleitung für die Durchführung von Eigengeschäften sicherzustellen, wird jede IZL beauftragt, dafür zu sorgen, daß aus den unterstellten Betrieben eine laufende Delegation von Mitarbeitern zur Einweisung in die Verkaufskontore des DIA Textil erfolgt.
Termin: laufend

Verantwortlich: Leiter der IZL

15. Zur Ausnutzung aller Exportreserven werden die Werkleiter beauftragt, in allen Exportbetrieben in den nächsten 3 Wochen Exportaktivis zu bilden, denen die kaufmännischen und technischen Leiter, die Exportbearbeiter, die Mustermacher und weitere erfahrene Meister und Aktivisten angehören.
Termin: 31. Mai 1956

Verantwortlich: Werkleiter

16. In der Industrie sind Werbekollektive zu bilden und bis 15. August der erste Werbeplan zu erarbeiten.
Termin: 15. August 1956

Verantwortlich: Leiter der IZL

Alle Kraft für die Ausschöpfung der Exportreserven, für die Aufholung der Planrückstände des 1. Halbjahrs 1956 bis 30. Juni 1956, für die gute Vorbereitung der Leipziger Herbstmesse 1956, für die vorfristige Exportplanerfüllung 1956 bis 30. November 1956.
Verf. u. Mdg. d. Min. f. Leihund. Nr. 6 96 v. 15. 8. 56

Zentrale Erfassung und Verteilung von textilen Überhängen

Die bisherigen Formen der Erfassung und des reibungslosen Abzuges in der Industrie entstehender Überhänge bieten keine Gewähr für einen kurzfristigen Einsatz dieser Materialien für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes.

Der augenblickliche Stand zeigt, daß ein großer Teil dieser Überhänge nicht im Sinne der Erfüllung des staatlichen Verteilungsplanes zum Einsatz kommt.

Auf der anderen Seite ist die Lagerzeit — z. B. von Gewebeerhängen — in der Industrie so außerordentlich lang, daß dadurch Finanzmittel der Produktion unnötig in Anspruch genommen und nicht für die eigentlichen Produktionsaufgaben eingesetzt werden können.

Aus diesem Grunde macht es sich notwendig, die bisherigen Festlegungen zu verändern.

Es wird daher folgendes bestimmt:

I. Als Überhänge im Sinne dieser Festlegung gelten die nachfolgenden textilen Artikel:

Meterware einschließlich Raumtextilien, Wirk- und Strickwaren, Konfektion und textile Kurzwaren.

II. Die zentrale Erfassung und der Verkauf der in der volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten Industrie sowie im Handwerk entstehenden textilen Überhänge wird von folgenden Organen durchgeführt:

1. Für Meterware (einschließlich Raumtextilien): Verkaufsorganisation für Webwaren der HV Textil, Leipzig C 1, Ferdinand-Rhode-Str. 40.
2. Für Wirk- und Strickwaren: Verkaufsorganisation Wirkerei und Strickerei, Karl-Marx-Stadt, Zwickauer Straße 219.
3. Für Konfektion (modellbedingte Großkonfektion und sonstige Konfektion):

Verkaufsorganisation Konfektion der IZL Konfektion, Leipzig C 1, Ferdinand-Rhode-Straße 40.

4. Für textile Kurzwaren (eine zentrale Erfassung entfällt):

Überhänge an Kurzwaren sind vom Hersteller direkt an den staatlichen Groß- und Einzelhandel sowie an den genossenschaftlichen und privaten Einzelhandel zum Verkauf anzubieten.

Die Verkaufszeiten werden von den einzelnen Organen gesondert bekanntgegeben.

Diese Stellen haben folgende Aufgaben:

- a) Schaffung eines Überblicks über die in der Produktion noch entstehenden Überhänge.
- b) Feststellung der Ursachen, die zur Überhangbildung in der Produktion führen.
- c) Erarbeitung von Vorschlägen an die HV Textil, Abteilung Absatz, zur Beseitigung der Ursachen des Entstehens von Überhängen.
- d) Organisation des reibungslosen und kurzfristigen Einsatzes der genannten Überhänge zur Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes, insbesondere zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Textilien.

III. Die volkseigene, genossenschaftliche und private Industrie sowie die Handwerksbetriebe haben sämtliche bei ihnen entstehenden Überhänge sofort nach Kenntnis des Entstehens an das jeweilige obengenannte Organ auf Vordruck V 125 Textil in zweifacher Ausfertigung zu melden, unter Angabe der Entstehungsursache. Für die Konfektion sind niemals das Formmuster bzw. der Artikel im Konfektionsortiment mit zu bemustern. Das gleiche gilt für Meterwaren durch Anhängen eines Handmusters an die V 125. Dabei ist folgendes zu beachten:

1. Die volkseigene zentralgesteuerte Industrie, die volkseigene örtliche Industrie, die Industriebetriebe des VDK, die privaten Industriebetriebe und Handwerksbetriebe sind erst dann berechtigt, den Verkauf und die Auslieferung von Überhängen vorzunehmen, wenn entsprechende Freigaben bzw. Bestätigungsvermerk für den Verkauf seitens der oben festgelegten Organe vorliegen. Die Einholung einer Genehmigung durch den staatlichen und genossenschaftlichen Handel (GHEK, VDEK usw.) ist zum Verkauf der Überhänge nicht ausreichend. Die Überhangmeldungen können Empfehlungen über den vorgesehenen Empfänger der Ware beinhalten. Die Entscheidung über den Einsatz der Überhänge treffen in jedem Falle die festgelegten Organe.
2. Soweit Meterware für die Konfektionsindustrie abgegeben wird, hat der Einsatz ausschließlich an Stelle von ausgefallenen Planmengen zu erfolgen.

IV. Die festgelegten Organe werden beauftragt, der HV Textil je Quartal eine Auswertung der übernommenen Aufgaben vorzulegen. Dabei sind Vorschläge zu unterbreiten, die das Entstehen von Überhängen für die Zukunft auf ein Mindestmaß herabdrücken.

V. Die unter Punkt II genannten drei Verkaufsorgane können im Sinne dieser Anweisung Arbeitsrichtlinien herausgeben, die der Verbesserung der organisatorischen Durchführung dienen.

Diese Anweisung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1956 in Kraft.

Kalkulation des Materials

Für das Material sind die Preise der Güteklasse 1 zu kalkulieren, auch wenn Mindersorte oder Güteklasse 2 für ein Fertigprodukt der Güteklasse 1 verwendet wird. Vom DAMW muß die Befähigung vorliegen, daß das Fertigprodukt die Güteklasse 1 aufweist (Beispiel)

Für eine Kleidergeorgette aus Kunstseide wird Material der Güteklasse 1 Nm 90 zum Preise von 11,63 DM für Kette und 12,63 DM für Schuß verwendet. Die

Kleidergeorgette wird andererseits hergestellt aus Material der Güteklasse 2 zum Preise von 9,83 DM. Bei dem Stoff aus der Güteklasse 2 wird ebenfalls Güteklasse 1 erreicht. Der Betrieb ist berechtigt, die Preise der Güteklasse 1, 11,63 DM für Kette und 12,63 DM für Schuß, einzusetzen.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Lechind. Nr. 6/8 v. 19.6.58

Richter

1. V. des Ökonomischen Leiters

Mitteilungen der Hauptverwaltung Polygraphische Industrie

Technische Normen

Vom Amt für Standardisierung wurden für die Technischen Normen der HV Polygraphische Industrie folgende Kurzzeichen genehmigt und registriert

- „ZEPA“
(Zellstoff und Papier)
- „KAPA“
(Kartonagen- und Papierverarbeitung)
- „NOGRA“
(Graphische Industrie)

Die Registrierung erfolgte auf Grund der 3. Durchführungsbestimmung vom 18. August 1955, GBl. I, Nr. 75

Erläuterungen hierzu wurden in Heft 1 58 — Standardisierung — veröffentlicht.

Eine Zusammenstellung der bisher registrierten Kurzzeichen ist in Heft 2 der Standardisierung veröffentlicht worden.

Im gleichen Heft sind auch die Kurzzeichen und Symbole veröffentlicht, welche von keinem Betrieb als Kurzzeichen für Technische Normen verwendet werden dürfen, da dieselben als internationale und nationale Abkürzungen bereits in Verwendung sind.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Lechind. Nr. 6/8 v. 19.6.58

Leitel
Hauptverwaltungsleiter

Mitteilung der Hauptverwaltung Glas und Keramik

betriebliche Entwicklungsaufgaben, die aus betrieblichen Mitteln finanziert werden

Außer den plangebundenen Forschungs- und Entwicklungsaufträgen ist es notwendig, daß auch an zentralen Stellen bekannt ist, welche kleineren Entwicklungsaufgaben von den Betrieben aus betrieblichen Mitteln finanziert und durchgeführt werden.

Diese zentrale Übersicht soll dazu beitragen, daß unnötige Doppelentwicklungen, Doppelinvestitionen vermieden werden und stets ein Überblick vorhanden ist, so daß diese Arbeiten, nicht losgelöst vom Plan Forschung und Technik erfolgen. Durch diese Maßnahme sollen auf keinen Fall die Eigeninitiative der Betriebe gehemmt oder vertrauliche Angelegenheiten der Öffentlichkeit preisgegeben werden.

Die Werkleiter werden angewiesen, sofort an die zentralen Forschungs- und Entwicklungsteilen unter Angabe des Themas und des Bearbeiters zu melden:

- a) sämtliche betrieblichen Entwicklungsaufgaben, die z. Z. in Durchführung sind,
- b) Probleme, die für die Durchführung in nächster Zeit geplant sind.

Diese Meldung hat zu erfolgen:

- für den Industriezweig Glas (Raum Sachsen, Lausitz) an VEB Zentrallaboratorium der Glasindustrie, Weißwasser (Oberlausitz), Straße der Einheit;
- für den Industriezweig Glas (Raum Thüringen) an VEB Zentrallaboratorium der Glasindustrie, Ilmenau (Thür.), Karl-Liebknecht-Straße;
- für den Industriezweig Keramik an VEB Zentrallaboratorium der keramischen Industrie, Hermsdorf (Thür.).

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Lechind. Nr. 6/8 v. 19.6.58

Schneider
Hauptverwaltungsleiter

Sirota, M. und Schafranek, W.
Die Planung der Mechanisierung in der sowjetischen Industrie
Übersetzung aus dem Russischen
1955, 176 Seiten, 17 Tabellen, 9 Schemata, Halbtiseln, 7,50 DM

Exposé

Das Exposé befaßt sich damit, die wichtigsten mit der Planung und Ersetzung der Mechanisierung in der

sowjetischen Industrie zusammenhängenden Fragen systematisch darzustellen. Die besondere Aufmerksamkeit des Verfassers gilt dem Problem der Koordinierung des Mechanisierungsplanes mit anderen Abschnitten des Volkswirtschaftsplanes. Einzelne Thesen, die sich auf die Ausarbeitung der Aufgaben für die Mechanisierung beziehen, werden in der Broschüre erstmalig formuliert.